

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Ebr. 8 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Ebr. 12 $\frac{1}{2}$ Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreigespaltene Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N^o 194.

Halle, Mittwoch den 22. August
Hierzu zwei Beilagen.

1866.

Deutschland.

Berlin, d. 20. August. Se. Majestät der König haben geruht: Dem Premier-Lieutenant v. Unruh I. vom 3. Garde-Regiment z. F., dem Jäger Hugo Eichler vom Preussischen Jäger-Bataillon Nr. 1, und dem Schornsteinfegermeister Krauthammer zu Loitz im Kreise Grimmen die Rettungs-Medaille am Bande, sowie dem zeitigen Vorstand der Feldpolizei, Polizei-Director z. D. Dr. jur. Stieber den Charakter als Geheim-Regierungs-Rath zu verleihen, und den Magistrats-Assessor und seitherigen unbesoldeten Beigeordneten Tost zu Weizenfels, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der genannten Stadt auf eine fernereitwöchentliche Amtsdauer zu bestellern.

Se. Maj. der König empfing gestern Mittag $\frac{1}{2}$ 1 Uhr den Vorstand und die Mitglieder der Deputation des Herrenhauses und nahm aus den Händen des Präsidenten Grafen Eberhard zu Stolberg-Bernierode die von dem Herrenhause berathene Adresse entgegen. Se. Majestät äußerte sich sehr gnädig über die überreichte Adresse und sprach der Deputation seinen Dank für die Gesinnungen des Herrenhauses aus. Nachdem die Mitglieder der Deputation durch den Präsidenten vorstellt worden, entließ Se. Maj. sie um 1 Uhr in der huldvollsten Weise.

Die Adress-Commission des Abgeordnetenhauses nahm am Sonnabend um 7 Uhr Abends ihre Beratungen über diejenigen Abschnitte der verschiedenen Entwürfe, welche die Budgetfrage behandeln, wieder auf. Nach zweifelhafte Diskussion, an welcher sich der Regierungskommissar Wolny, die Abgeordneten Waldeck, Bender, v. Blandenburg, v. Bodelschwingh, sowie der Referent Abg. Birchow und der Correferent Graf Bethusy-Huc betheiligten, wurden alle anderen Vorschläge abgelehnt, der Vassus nach der vom Abg. Waldeck vorgeschlagenen Fassung mit 14 Stimmen angenommen, jedoch mit der Modification, daß die letzten Worte in dem Entwurfe der katholischen Fraction hinzugefügt wurden. Dieser Zusatz spricht in einer milderen Form, als es der Abg. Waldeck gethan, daß Vertrauen aus, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatsbaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres der so lange bestandene Konflikt mit allen seinen beklagenswerthen Folgen verhütet werden möge. — Ueber den Schlusssatz der eingebrachten Entwürfe entspann sich nun eine kurze Debatte, welche mit der Annahme der von dem Referenten Dr. Birchow vorgeschlagenen Fassung, unter Ablehnung aller andern Anträge, endete. Schließlich wurde auch über den ganzen, aus den Beratungen der Commission hervorgegangenen Adressentwurf abgestimmt, derselbe mit 15 Stimmen angenommen, und dann die Sitzung um $\frac{9}{10}$ Uhr geschlossen.

Der von der Adress-Commission des Abgeordnetenhauses in ihrer Sitzung vom 18. d. M. angenommene Adress-Entwurf, wie er dem Hause zur Annahme empfohlen werden soll, lautet:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Allergnädigster König und Herr!

I. Die großen Thaten, welche unser tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Rhein, hier an die Thore der Hauptstadt Oesterreichs führten, haben unser Herz mit freudigem Selbstgefühl und mit lebhaftem Dank erfüllt. Wir sprechen den Dank des Volkes aus an die Tapferen, welche das Grab bedeckten, an die sammtlichen überlebenden Streiter des stehenden Heeres und der neu bewährten, in großer Zeit geschaffenen Landwehr, an die einsichtigen Führer, vor Allen an Eure Majestät selbst, die Sie in der entscheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Noth und Gefahr mit den Kämpfern getheilt und dem unglücklichen Ende dieses Krieges durch rasche Führung und Wendung ein Ziel gesetzt haben.

II. Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge: die Aufhebung der Bundesverfassung, dieses nur scheinbaren Bandes, welches nach Außen und Innen sich seit fünfzig Jahren zugleich hemmend und kräftig bewiesen hatte, die Ausdehnung der Verfassung mit Oesterreich, die Beschränkung der Kleinstaaterei, die Erweiterung der Grenzen und des Machtgebietes unseres Staates, und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht ferne Zeit ein vollständig geeinigtes Deutschland unter Führung des größten deutschen Staates sich entwickeln könne.

III. Diese Früchte, davon sind wir mit Eurer Majestät überzeugt, werden nur in eintätigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung zur Reife gelangen.

Das Blut der todesmuthigen Streiter hat zum zweiten Male das edelste Gut des Volkes, dessen politische Freiheit und Theilnahme an dem Staatsleben, besiegelt. Ohne die Sicherung und Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Suldigung der Geister und Herzen in Deutschland, welche allein der Macht Haltbarkeit und Dauer verleihen.

IV. Gegenüber der Thatfache, daß seit einer Reihe von Jahren die Staatsausgaben ohne einen zur gesetzlichen Feststellung gelangten Staatsbaushaltsetat und theilweise im Widerspruch mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses geleistet worden sind, gereicht es dem Festen zur großen Genugthuung, daß Euer Majestät feierlich ausgesprochen geruht haben, daß die in jener Zeit geleisteten Geldausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehren, weil dieselbe nur durch das nach Artikel 99 der Verfassungsurkunde alljährlich zu Stande zu bringende Staatsgesetz erlangt werden kann. Im Hinblick auf dies königliche Wort, welches die Nothwendigkeit eines nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses in's Leben tretenden jährlichen Staatsbaushalts-Gesetzes, sowie demgemäß die Nothwendigkeit einer für die Vergangenheit zu erwerbenden In-demnitäts-Erklärung der beiden Häuser des Landtages anerkennt, ist das Vertrauen der Landesvertretung gerechtfertigt, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatsbaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres jeder Konflikt verhütet werde. Dann werden Ausgaben, welche das Abgeordnetenhausem im Staatsbaushalts-Etat abgelehnt hat, nicht dennoch aus Rücksicht auf das Staatswohl eintreten können.

V. Die den Beratungen des Landtages unterbreiteten Vorlagen über die Indemnitäts-Ertheilung und die Finanzen werden wir mit pflanzlicher Sorgfalt in Erwägung nehmen.

VI. Mit derselben Sorgfalt werden wir die Vorlage über die Einberufung einer Volksvertretung der norddeutschen Bundesstaaten prüfen. Wir erwarten jedoch, daß, wenn Rechte des preussischen Volkes und Landtages zu Gunsten eines künftigen Parlaments aufgegeben werden sollen, diesem Parlamente auch die volle Ausübung dieser Rechte gesichert sein wird.

VII. Das zu vollziehende Werk der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands wird sich am sichersten der Unterstützung der Nation erfreuen, wenn die schwierige Arbeit auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1849 begonnen und diese der neuen Lage der Dinge entsprechend gestaltet wird.

Preußen wird dann kräftig genug sein, um als starke Schuttmacht die deutschen Grenzen unverletzt zu erhalten und jede Einmischung des Auslandes bei der Ordnung unseres neuen Staatswesens abzuwehren.

Königliche Majestät!

VIII. Durchdrungen von der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze Deutsche Vaterland bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freibethelichen Entwicklung desselben, welche die Vorlesung in Eurer Majestät Hände ablegt hat.

In tiefer Ehrfurcht verharren wir zc.

Durch die Zustimmung der Majorität zu dem oben erwähnten Beschlusse aus dem Entwurfe der katholischen Fraction (Reichensperger) glaubt man in liberalen Kreisen, sich der Majorität für den Waldeck-Birchow'schen Entwurf auch im Plenum versichert zu haben. Doch sollen mehrere Mitglieder der Fortschrittspartei sich auch jetzt noch mehr dem Entwurfe der altliberalen Partei zuneigen. Die Beratungen im Plenum dürften am nächsten Freitag beginnen.

Die Annahme der Annerionsvorlage unterliegt keinem Zweifel. Von einigen Seiten soll im Abgeordnetenhause ein Amendement beabsichtigt sein, gerichtet auf die sofortige vollständige Einverleibung auf Grund des Artikel 2 der Verfassung, vorbehaltlich der Regelung der Verfassungsfrage in den einzelnen annectirten Ländern. Doch wurde die Nothwendigkeit schleuniger legislativer Erledigung der Angelegenheit in beiden Kammern von keiner Seite verkannt.

Die X. Commission des Herrenhauses hat heute Vormittag über den Gesetzentwurf, betreffend die Einverleibung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts dahin Beschluß gefaßt: dem Hause die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Die freie volkswirtschaftliche Commission des Abgeordnetenhauses hat sich unter dem Vorsitze des Abg. Dr. Lette wiederum constituirt. Mitglieder derselben sind die Abgg. Michaelis, Röpell, Krieger (Berlin), Dr. Hammacher, Lette, Bassenge, Hoffmann (Dhlau), Laub, Wolff, Doerweg, Graf Dohna, Kammgesser, Dr. Lette, Reichheim, Rautenstrauch, Lent und Lafer. Außerdem nehmen an den Beratungen Theil die früheren Abgg. Prince-Smith und Dr. Faucher.

Der Ausfall der Fach-Commissions-Wahlen im Abgeordnetenhause hat die conservativen Mitglieder desselben nicht befriedigt. Sie meinen,

daß ihrer zu Wenige in die Commissionen gekommen und wollen nun auf Aenderung der Geschäfts-Ordnung dahin antragen, daß in Zukunft die Ernennung der Commissions-Mitglieder durch den Präsidenten erfolgen möchte.

Die Heben, welche die Herren v. Kleist-Rogow, v. Senft-Wilsch und v. Waldow: Steinhövel bei der Adressdebatte im Herrenhause gehalten haben, sollen, wie die „Berl. Montags-Ztg.“ mittheilt, in allen Kreisen, ja selbst am Hofe, großes Mißfallen erregt haben.

Gegen den Grafen v. Westphalen, einen heftigen Ultramontanen, der bekanntlich jetzt aus dem Herrenhause trat und wegen eigenthümlichen Skrupels unserm Könige den Eid der Treue kündigte, dürfte, wie verlautet, die Staatsanwaltschaft eine Anklage erheben. Er hat im vorgerückten Alter erst unlängst eine zweite Ehe mit einer Tochter des Hofmarschalls des Prinzen Carl, Marquis v. Lucchesini geschlossen. Einer seiner Söhne aus erster Ehe heirathete vor einigen Jahren die kaiserlich russische Solotänzerin Friedberg aus Petersburg, die hier auch mehrmals gastirte.

Die „Post“ hält das an der Börse entstandene Gerücht, Hr. v. d. Heydt wolle die Anleihevorlage zurückziehen, für nicht ganz genau. Es brauche, sagt das Blatt, gar keiner ausdrücklichen Zurückziehung, da schon in der Vorlage nur von einer eventuellen Realisation die Rede ist, die Anleihe also nur nach Maßgabe des Bedarfs realisiert werden soll. Wenn aber die Bedürfnisse der Regierung oder die Lücken, welche auszufüllen sind, also etwa vorweg genommene Einnahmen, durch anderweitige Zuflüsse gedeckt werden, dann werde die Anleihe gar nicht oder nicht in der ganzen Ausdehnung realisiert werden.

Wie die „Post“ mittheilt, soll der Minister-Präsident Graf v. Bismarck demächst zum Großkanzler ernannt werden. Diese Würde bekleidete bekanntlich zuletzt der Minister v. Bismarck, der die letzten Jahre seines Lebens im Ruhestand auf seiner damaligen Besitzung Steglitz zubrachte.

Die Königl. Botschaft von der Vergrößerung Preußens durch Einverleibung Hannovers, Rurhessens, Nassaus und Frankfurt a. M. erfolgte in beiden Häusern des Landtags am dem Tage, wo Friedrich der Große vor 80 Jahren dahinschied, nämlich den 17. August 1786.

Die Kreuzzeitung schreibt: Dem Vernehmen nach ist der Friede mit Oesterreich zu Prag abgeschlossen. Eine offizielle Meldung ist uns darüber nicht zugegangen. Nach weiteren Nachrichten ist hier in Berlin der Friede auch mit Baiern abgeschlossen. Näheres über denselben verlautet noch nicht.

Der Geheime Post-Rath Stephan, welcher wegen der, die Beseitigung des Parisischen Postwesens bezweckenden Verhandlungen auf einige Tage hiesher berufen war, hat sich wieder nach Frankfurt a. M. begeben. Uebrigens sind die Nachrichten, welche von einzelnen Zeitungen bisher über jene Angelegenheit gebracht worden sind, vollständig unrichtig. Es liegt in der Natur der Sache, daß in dem gegenwärtigen Stadium jener Verhandlungen irgend welche Mittheilungen darüber von den unterrichteten Stellen nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

(N. A. Z.)

Der Telegraphenverkehr mit sämmtlichen hannoverschen Telegraphenstationen, so wie nach Altenburg, Koda, Jena ist wieder eröffnet.

Die weitand „Berliner Allgemeine Zeitung“, unter Julian Schmid's Redaction, das Organ der allliberalen Partei, brachte im Jahre 1862 eine Correspondenz vom Main, die ihrer Zeit vielfaches Aufsehen erregte und auch heute noch nicht ohne Interesse sein wird. Sie lautet wörtlich: „In Berlin und überall scheint die Situation Preußens gänzlich missant zu werden und man in eine Prinzipienreiterei zu geraten, welche Preußen schädlich ist. Ich will Ihnen daher einige sichere Anhaltspunkte geben, ohne freilich Näheres darüber sagen zu dürfen. 1) Der König ist entschlossen, in der deutschen Frage eine That zu thun, ernstlich, entschlossen und plötzlich alle Sondermachinationen niederwerfen. 2) Die letzten Konsequenzen der Politik von Dimüz sollen darnieder geworfen werden. 3) Alle Schritte gehen von Berlin aus, nichts mehr von Frankfurt. 4) Das einseitige Mehrheitsvorgehen des Bundestags wird endgültig abgebrochen werden. 5) Preußen hat eine Allianz mit Frankreich und Rußland nicht eingegangen, wohl aber über seine Schritte sich mit ihnen vereinbart. 6) Preußen tritt am Rheine nicht einen Fuß breit ab, die möglichen Territorialveränderungen liegen westlich und östlich. 7) Preußen bedarf hierzu eines großen stehenden Heeres und die Landwehr genügt nicht; es wird deshalb mit und ohne die Kammer die Heeresorganisation durchgeführt, weil nur mit ihr die Action möglich ist. 8) Es ist nicht die Absicht, den Landtag aufzulösen, weil er, wenn vertagt, nach der Action seine Billigung doch geben wird. 9) Die Verfassung bleibt intact erhalten; denn das Herrenhaus wird nach der Action von selbst unmöglich und reformirt.“ Dies sogenannte „Actions-Programm“ wurde bei seinem Erscheinen vielfach belacht und verspottet; man brachte es schon damals mit dem bevorstehenden Eintritt Bismarck's in das Ministerium in Verbindung. In der Gegenwart ist es nicht uninteressant, das Geschehene mit jenem Programme zu vergleichen.

„Daily-News“ erzählt eine sehr charakteristische Aeußerung Bismarck's über den Congress: Wenn Sie mir einen Congress vorschlagen, soll er gesagt haben, so trete ich in denselben nicht ein, ohne seine Basen zu kennen; wenn Sie mir die Basen angeben, so nehme ich sie nicht an, und wenn Sie mich nach den meinigen fragen, so werde ich sie Ihnen nicht sagen.

Die neueste Nummer des „Nürnb. Correps“ bringt in einer Münchener Correspondenz noch folgende Details über den augenblicklichen Stand der Friedensverhandlungen zwischen Preußen und Baiern: „Glaubwürdiger Mittheilung zufolge besteht Preußen für den mit Baiern abzuschließenden Frieden auf Abtretung von Hammelburg und Kissingen in Unterfranken und Kulmbach in Oberfranken sammt den

dazu gehörigen Bezirken, nachdem es von weitergehenden Forderungen (Bayreuth, Nürnberg und Ansbach) zurückgetreten. Auch eine bedeutende Summe für Kriegskosten wird verlangt. Die Höhe derselben wird zu 12, von Anderen sogar zu 35 Millionen Gulden angegeben.“ (Der „Volkshote“ spricht von Abtretung des Kulmbacher Gebiets und des nördlichen Theils der Rheinpfalz. Ersteres würde wohl, die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, zur Vergrößerung von Koburg-Gotha, letzteres, der nördliche Theil der Pfalz, oder nach der anderen Lesart die Bezirke von Hammelburg und Kissingen, zur Entschädigung von Hesse-Darmstadt bestimmt sein.)

„Die Sendung des Ministers v. Dalwigk nach Berlin, um die Friedensverhandlungen mit Preußen für Darmstadt zu führen, hat keine geringe Ueberraschung in den Kreisen erregt, welche diesen Herrn in seiner politischen Wirksamkeit seit Jahren beobachtet konnten“, schreibt man der „Köln. Ztg.“ von hier. „Es drängen sich jetzt so viele bekannte Feinde der nationalen Gestaltung Deutschlands unter der Maske der Beförderung wieder in das Feld der Thätigkeit, daß einem Menschen von natürlichem Gemüthe dabei bange werden kann. Dieser Hr. v. Dalwigk hat seit 1848 jede Wendung der Tagespolitik mit gleich biederer Ueberzeugungstreue durchgemacht. Die letzte Darmstädter Aera trug das Gepräge des forcierten Hasses gegen Preußen, wird die neue sich durch Wohlwollen gegen Preußen auszeichnen? Wie nun eine preussische Regierung in der Zukunft zu einem heftigen Gouvernement Vertrauen fassen könnte, welches unter der Leitung des Herrn v. Dalwigk steht, der selbst in der Zollvereinsfrage unter den blinden Gegnern des französischen Handelsvertrages in erster Linie war, das erklären wir, nicht einzusehen.“

Ein Correspondent der „Köln. Ztg.“ vom Main kann folgende Thatsache als zuverlässig mittheilen: Bekanntlich ging unlängst eine Deputation von Bürgern der Stadt Darmstadt nach Nymphenburg zum Großherzoge, um im Interesse des Landes raschen Friedensschluß mit Preußen zu erbitten. Die Unterredung führte natürlich auch auf die Frage wegen der Abtretung Oberhessens. Bei dieser Gelegenheit sagte der Großherzog: „Von Abtretung sei keine Rede, ich rechne auf die rothen Hosen.“ Einem Commentar bedarf diese Aeußerung nicht. Ihre Wahrheit zu desavouiren, werden die Mitglieder der Darmstädtischen Deputation schwerlich im Stande sein. (In Darmstadt rechnet man auf die rothen Hosen und in Stuttgart heißt es: „Lieber Französisch als Preussisch.“ Nun, man kennt diese Rheinbundsdybnaften seit lange. Aber schmerzlich wäre es, wenn nicht blos französische und russische, sondern sogar — Englische Einflüsse bemächtigt sein sollten, das Preussische Gebiet mit Hagen von Hesse-Darmstadt durchbrechen und verunzieren zu lassen. Einen solchen Sieg der Familienpolitik über die Staatspolitik wollen wir bis auf weiteres für unmöglich halten. Die Karte von Preußen würde darüber künftig einen nie verkümmenden Vorwurf erheben, fügt die „K. Ztg.“ hinzu.)

Die Antwort des Fürsten zu Hohenzollern auf einen Brief des Herzogs von Nassau lautet:

„Ew. Hoheit haben mich unter dem 7. l. M. mit einem Schreiben beehrt, welches auch durch die Zeitungen zu weiterer Kenntniß gekommen ist. Es trägt denselben Stempel der Ueberzeugung, welcher die Politik Ew. Hoheit während hochherzoglicher Regierung charakterisirt. — Das Herzogthum Nassau, wie dessen Territorialbestand unter der Fremdberrschaft gelidelt, war durch die Gemeinshaft der wichtigsten Interessen auf eine Anlehnung an die Politik Preußens angewiesen. Die herzogliche Regierung ist jeder Zeit auf Ew. Hoheit persönliches Betreiben im Widerspruch mit den Wünschen und Interessen des Landes bestrebt gewesen, innerhalb ihrer Sphäre der königlichen Regierung möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten; selbst nicht wenig dazu beigetragen, den gegenwärtigen unnatürlichen Kampf vorzubereiten und zu entzünden. Der Gang der Ereignisse überhelt mich der Mühe, auf die Kritik von Maßregeln der herzoglichen Regierung, zu welchen Ew. Hoheit sich veranlaßt gesehen haben, näher einzugehen; weitere Folgen der von hochdieselben befolgten Politik werden nicht auf sich warten lassen.“

Die „Berl. Mont.-Ztg.“ vernimmt, daß der Herzog von Meiningen, welcher sich mit seinem Militär-Contingent bis vor kurzem zu Oesterreich hielt, zu Gunsten seines Erbprinzen abzudanken sich genöthigt sehen wird. Letzterer, der die verstorbenen älteste Tochter unseres Prinzen Albrecht zur Gemahlin hatte, benahm sich in der gegenwärtigen kritischen Zeit stets correct. Daß Meiningen eine Entschädigung an Preußen wegen seines feindsüchtigen Verhaltens wird zu leisten haben, ist nicht zu bezweifeln.

Dem „Schwab. Merkur“ wird aus Karlsruhe vom 16. Aug. geschrieben: Der Betrag der von Baden an Preußen zu bezahlenden Kriegsentschädigung wurde heute auf 3 1/2 Millionen angegeben. Gerüchte, welche von 6 bis 8 Millionen sprachen, sind offenbar übertrieben. — Man bemerkt in einem von Prinz Wilhelm an die Großherzogin gerichteten Brief eine Stelle, in welcher er sagt: „Nach schlammern Gefahren für Fürst und Vaterland. Wir sind bereit, bei dem Ruf unserer Fürsten mit so größerer Bereitwilligkeit zu folgen, als es gelten wird, für Deutschlands Größe, Macht und Ruhm mit allen Kräften einzustehen.“

Kassel, d. 19. August. Die Botschaft des Königs von Preußen über die nächste Stellung der eroberten Länder hat hier im Allgemeinen große Befriedigung erregt. So wenig man einem engbrüchigen Particularismus zugehen ist und jeder Einigungsmaßregel im nationalen Sinne sich willig fügt, so sehr hält man doch an einzelnen Einrichtungen unseres besondern Staatslebens, namentlich auf dem Gebiete der Rechtspflege und des Gemeindefens, fest und würde sie nur mit äußerstem Widerstreben aufgeben. Ein „der Personalunion nahe kommender“ Uebergangszustand, wie er jetzt in Aussicht steht, war daher ohne Zweifel das Erwünschteste für uns. Möge nun das betreffende Gesetz in den preussischen Kammern die rascheste Förderung finden! Denn die Einberufung unserer eigenen Landesvertretung und somit die Erledigung hundertfacher Wünsche und Anliegen scheint davon abhängig zu sein.

Hannover, d. 17. August. Die preussische Maßregel der Amortisation der nach England geschafften hannoverschen Landesobligatio-

nen findet im Lande ungetheilten Beifall, um so mehr, als bei gegenwärtiger Sachlage dem Lande jede Einwirkung auf die bedeutenden Summen genommen ist, deren Verwendung allein von dem Ermessen des Königs und seiner Rathgeber abhängen würde. Von den 42 Millionen Schulden des Landes waren 14 Mill. durch diese Obligationen in den Händen des Ablösungsfonds, der also den Passiven des Staats gegenüber sehr werthvolle Activen enthielt und dessen Zinsen zu 655,000 Thaler jährlich eine erhebliche Position im Einnahmebudget bildeten.

Braunschweig, d. 18. August. Der „Köln. Ztg.“ entnehmen wir Folgendes: Im Lande Braunschweig hat das Gerücht großen Schrecken erregt, daß der Herzog Wilhelm die Regierung niederlegen und daß man mit seinem Thron den Kronprinzen Ernst August von Hannover für sein verschärztes Königreich entschädigen wolle. In Wolfenbüttel eilten die „Nationalen“ zusammen, um sich über die Einwendung zu verständigen, die sie gegen dieses Vorhaben machen wollten. Dann aber fand in der Hauptstadt Braunschweig selbst eine Bürgerversammlung statt. Der Ober-Bürgermeister Caspari hatte auf eingezogene Erkundigung erfahren und theilte mit, daß die Gefahr wohl nicht imminent, daß es gleichwohl gerathen sei, von der Stimmung über ein solches Projekt Zeugnis abzulegen. Man beschloß folgende Erklärung: „Das Herzogthum Braunschweig will, so lange das Geschick den Herzog am Leben erhält, unter dessen Regierung in der mit dem Bundesstaat verträglichen Selbstständigkeit verbleiben, demnächst aber seine kleinstaatliche Existenz nicht fortsetzen, sondern in dem ganz Deutschland repräsentirenden Königreich Preußen aufgehen.“

Sachsen. Aus Dresden, d. 15. August, wird der „Schles. Ztg.“ geschrieben: In Folge des Verhaltens des Leipziger Polizeiamtes, welches im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft sich weigert, in der Angelegenheit der mehrerwähnten confiscirten Broschüren von Treitschke und Arnold Auge, der Anordnung des Herrn v. Wurmb nachzukommen, sind von hier aus sofort Schritte geschehen, um die Aufhebung der Beschlagnahme gewaltsam durchzusetzen. Die Reibtheit der Leipziger Polizei grenzt an's Unglaubliche. Sie agitir gerade so, als wenn Occupation, Preussisches Militärgouvernement und Civil-Commissariat gar nicht vorhanden wären. Selbst wenn die Souveränität des Königreichs gesichert wäre, als sie in der That ist, steht doch augenblicklich eine andere Autorität als die des Königs Johann an der Spitze des Landes, und von Hochverrath kann nach dem ABG des Kriegsrechts wohl gegen einen depossedirten Fürsten nicht die Rede sein. Wenn Herr von Treitschke unterlucht, was besser ist, ob die Fortexistenz des Königreichs oder das Verschwinden desselben, und zwar zu einer Zeit, wo die Frage noch eine offene ist, so gehört eine große Dreifigkeit von Seiten der Polizei dazu, um unter den Augen des Preussischen Gouvernements die Broschüre nicht nur zu confisciren, sondern auch noch der angeordneten Aufhebung der Confiscation sich zu widersetzen. In naiver Auffassung der Dinge lassen überhaupt die Sachsen Großes, Herr v. Wurmb an der Spitze. Derselbe hat sich, obwohl genau unterrichtet, wie die Preussische Regierung über ihn denkt, neuerdings wieder in Berlin zur Theilnahme an den Friedensverhandlungen anmelden lassen, ist aber natürlicherweise zurückgewiesen worden.

Dresden, d. 19. August. Die Angelegenheit der Treitschke'schen Broschüre ist in ein ganz neues, unerwartetes Stadium getreten. Nachdem das Einschreiten der Polizei und Staats-Anwaltschaft in Leipzig sich, Dank der Energie des preussischen Civilcommissariats, wirkungslos gezeigt hat, greift jetzt die hiesige Kamarilla zu einem eigenthümlichen Mittel, um ihr Muthigen zu fühlen. Der Vater des Herrn v. Treitschke, sächsischer General a. D., lebt bekanntlich hier in der Nähe. An diesen ist jetzt um der Ehre seines Namens Willen das sonderbare Ansuchen gestellt worden, die Tendenz der Broschüre seines Sohnes öffentlich zu desavouiren. Man hat sich nicht damit begnügt, ihm eine Erklärung in diesem Sinne abzuverlangen, sondern citirt den General nach Dresden, um eine bereits schon angefertigte Declaration, deren Inhalt und Ton man sich denken kann, zu unterschreiben. — Während das Leipziger Polizeiamt in der Angelegenheit dieser Broschüre kaum die Segel geschlagen hat, ist sie schon wieder auf Grund des Vereinsgesetzes am 17. d. Mts. eingeschritten. Das hiesige Gouvernement hat in dieser Angelegenheit sofort telegraphisch Aufschluß darüber verlangt. Es steht zu erwarten, daß auch diese neue Mogelei der Leipziger Polizei die letzte derartige gewesen sein wird. Das jetzt so häufige Hervortreten eigenmächtiger Bestimmungen von sächsischen Behörden hängt unstreitig mit der Vorstellung zusammen, daß die Tage der Occupation gezählt sind, während die Anordnungen der preussischen Verwaltung gerade in dem Sinne getroffen werden, daß sie noch eine sehr lange Dauer voraussehen müssen. Es zeigt sich dies z. B. in der nun feststehenden neuen Ordnung des Telegraphenwesens. Laut der heute vom preussischen Handelsministerium anlangenden Beantwortung der Anfrage der hiesigen Verwaltung verbleiben die preussischen Beamten im ganzen Königreich auf den Hauptstationen und werden ihnen die sächsischen Beamten gegen Ausstellung eines Reverses, der sie zum Gehorsam verpflichtet, unterstellt. Nach einer Bekanntmachung des Herrn v. Wurmb im „Dr. Z.“ wird jedem Beamten einer öffentlichen Kasse im Königreich Sachsen, der sich weigert, preussisches Papiergeld für voll anzunehmen, die sofortige Entlassung angedroht. Diese Maßregel war nöthig, da nach dieser Seite hin die sächsische Demonstrationsfucht, nachdem sie auf andern Gebieten aus dem Felde geschlagen war, sich geltend machte, ganz im Gegensatz zu früher, wo preussisches Papiergeld hier wie sächsisches im Privat- wie im öffentlichen Verkehr courirte.

Aus Böhmen kommen jetzt Transporte der verschiedensten Art. Während von Norden her aus preussischen Spitälern entlassene und zum Weiterdienen tüchtig befundene Mannschaften dorthin abgehen, um wieder zu ihren Regimentern zu stoßen, langen von dort fortwährend

Transporte von Gefangenen, Verwundeten, Munitionswagen u. dergl. unter Eskorte preussischer Mannschaften von allen Truppentheilen hier an. Im Königreich Sachsen gewährt es eine große Verengung, daß auch jetzt die vielen requirirten Spannfuhrer allmählig aus Böhmen zurückkehren. Heute und morgen werden aus Prag die beiden Garde-Regimenter Alexander und Elisabeth erwartet, welche bis auf Weiteres die stehende Garnison von Dresden bilden werden, während die Landwehr vom 24. und 31. Regiment uns morgen verläßt.

Dresden, d. 20. August. Der Staatsminister Fehr v. Friesen und der wirkl. Geh. Rath Graf v. Hohensthal haben sich gestern als Bevollmächtigte Sachsens zu den Friedensverhandlungen mit Preußen nach Berlin begeben. Denselben ist Herr Geh. Legationsrath v. Zobel beigegeben. — Wie das „Dresd. Journ.“ zuverlässig versichern kann, steht die vollständige Freigebung des telegraphischen Verkehrs in ganz Sachsen nunmehr in den allerhöchsten Tagen bevor, indem der k. preussische Civilcommissar diese Angelegenheit heute bereits in die Hände der k. Landescommission gelegt hat.

Leipzig, d. 18. August. Die gestrige Versammlung von Angehörigen der liberal-nationalen Richtung wurde polizeilich aufgelöst, noch ehe sie förmlich eröffnet war. Es war verläumtet worden, daß die Polizeibehörde von der beabsichtigten Abhaltung derselben in Kenntnis zu setzen und wurde dieser formelle Verstoß zur Schließung der Versammlung benutzt. Derselbe erfolgte, der „D. A. Z.“ zufolge, mit solcher Rigorosität, daß der betreffende Polizeiamt nicht einmal den Anwesenden gestattete, die bestellten und zum Theil schon vor ihnen stehenden Speisen und Getränke vollends zu verzehren (obgleich er darum ersucht und ihm versichert ward, daß keinerlei Debatte stattfinden soll), vielmehr, um die sofortige Leerung des Saals zu erzwingen, die Keller anwies, die Gasflammen auszulöschen. Die Veranlassung zur Schließung der Versammlung liegt indessen offenbar etwas tiefer als in der versäumten Anmeldung. — Die Besprechungen der Liberalen Leipzigs haben schon seit Mai allwöchentlich stattgefunden, aus ihnen ging u. A. der Anstoß zu den bekannten Vorstellungen der sächsischen Behörden an die Regierung wegen Abwendung des Krieges mit Preußen hervor. Die Polizei fand sich indessen niemals veranlaßt, sich in diese rein als Privatzusammenkünfte behandelnden Besprechungen von Personen zu mischen, die ihrer Lebensstellung nach — meistens waren es Stadtrathsrathmitglieder, Stadtverordnete, Notabilitäten des Handels, der Gewerbe, der Wissenschaft — ohnehin vor jedem Verdacht politischer Ausbreitung geschützt waren. Erst in neuerer Zeit wurde der Veranlasser der betreffenden Zusammenkünfte, Prof. Wiedemann, polizeilich vernommen und der Anspruch erhoben, daß die Besprechungen nach Art. 2 des Vereinsgesetzes rechtzeitig angezeigt werden müßten, ein Anspruch, der um so ungerechtfertigter erscheinen mußte, da der aus Hochkonservativen und Partikularisten bestehende „Patriotische Verein“ nie mit einer polizeilichen Ueberwachung heimgesucht worden ist. Das Ganze reduziert sich also auf eine polizeiliche Schikane gegen die national-liberale Partei, deren festeren Zusammenfluß und Konsolidirung man jetzt unter den veränderten Verhältnissen für gefährlich genug erachtet, um ihr Hindernisse, die man früher für überflüssig hielt, in den Weg zu legen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, d. 19. August. (Ueber Paris gekommen.) Die „Debatte“ theilt unter Reserve mit, daß die Wiederaufnahme directer Unterhandlungen zwischen dem Papste und dem Könige Victor Emanuel bevorstehe.

Paris, d. 20. August. Nach Berichten aus München sollen sich die preussischerseits von Baiern geforderten Abtretungen auf die Territorien von Eichsteden und Kulmbach beschränken. Der Friedensschluß steht nahe bevor.

Paris, d. 20. August, Abends. Hier eingetroffene Nachrichten aus München melden, daß Preußen darauf verzichtet habe, das auf dem rechten Mainufer belegene hessen-darmstädtische Territorium zu annektiren; dasselbe solle nur zum norddeutschen Bunde gehören.

Paris, d. 20. August. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß der Kaiser gestern nach Paris gekommen ist, um der Kaiserin von Mexico einen Besuch abzustatten. Der Kaiser, welcher liberal mit Zuzug empfangen wurde, promenierte vor der Rückkehr nach St. Cloud zu Fuß im Bois de Boulogne.

Petersburg, d. 20. August. Nach hier eingetroffenen Berichten aus Genua haben an tausend verbannte Polen einen Aufstand erregt, die Officiere mißhandelt und mehrere Russen getödtet. Die Aufständischen sind in die Wälder geflüchtet und werden verfolgt. — In Sukumale (Transkaukasien) sind in Folge eines durch die directe Steuererhebung entstandenen Aufsturus ein Oberst und mehrere Officiere getödtet worden; die Stadt wurde von den Abchasen theilweise in Brand gesetzt.

Kopenhagen, d. 20. Aug. „Berlingske Tidende“ meldet, daß die Abreise der Prinzess Dagmar auf Ende September festgesetzt worden sei. Die Vermählung wird Ende November in Petersburg stattfinden.

Aus den telegraphischen Witterungsberichten.

Am 20. August.

Beobachtungsgelt.	Ort	Barometer.		Temperatur.	Wind	Allgem. Himmelsanfsicht
		Par. Lin.	Réaumur.			
7 Morgs.	Petersburg	331,3	14,1	SO., schwach.	bedeckt, Regen.	
	Königsberg	336,4	10,1	NW., l. schwach.	better.	
6 „	Berlin	335,2	9,2	NO., lebhaft.	better.	
	Forgau	332,0	9,5	O., mäßig.	bewölkt.	

Bekanntmachungen.

Verloren wurde ein Wechsel über 184 Thlr. 16 Sgr. — p. 5. Septbr.

Derselbe war ausgef. von der Verwaltung des Eisenhütten- und Emailwerkzeuges zu Magdeburg, acceptirt von **H. Vahle** ebendasselbst, girirt vom Aussteller an **C. Schla-debach**, von diesen an **F. Schmidt**.

Abzugeben gegen angemessene Belohnung bei

Chr. Kind.

Von dem durch seine gute Wirkung gegen Beschwerden des Ma-gens berühmt gewordenen

Dr. med. Koch's
Universal-Magenbitter

hält stets Lager in Originalflaschen à 10 Sgr. **Gustav Moritz.**

Hüte, Hauben, Coiffüren

sowie alle in dieses Fach gehörende Artikel empfiehlt

H. Lorleberg, Brüderstrasse Nr. 4.

Echter Peru-Guano von bekannter Güte ist wieder angekommen bei

Franz Busch in Löbejün.

Metall-Särge,

solid und elegant gearbeitet, nicht theurer als gute Holzsäрге, welche sich zum Beisetzen sowohl in gemauerte wie gewöhnliche Gräber eignen, empfiehlt

Wilh. Heckert.

Guts-Verkauf.

Ein in der fruchtbaren Gegend der Graf-schaft Gamburg a/S. (Hrzogthum Meiningen) gelegenes separirtes Diconomiegut, fast durch-gängig neue Baulichkeiten, circa 110 Morgen beste Acker, Holz und Wiesen haltend, beab-sichtigt der Besitzer nebst vollständigen lebenden und toden Inventar, Familienverhältnisse halber, baldigst preiswerth, ohne Unterhändler zu ver-kaufen. — Forderung 26,000 Th. bei 18 — 20,000 Th. Anzahlung.

Näheres durch Herrn Kaufmann **Louis Lehmann** in Raumburg a/Saale.

Windmühlen-Verkauf.

Eine Windmühle in der Nähe von Halle mit 2 Mahlgängen, 1 Spitzgang, verbunden mit einem Bäckerei- und Mehlgang und 4 Morg. Feld in einem großen Dorfe, Gebäude u. Mühle in dem besten Zustande, soll Familienverhältnisse halber mit wenig Anzahlung sofort verkauft werden. Nähere Auskunft ertheilt

Fr. Zickert in Cönnern.

Gasthofs-Verkauf.

Ich beabsichtige meinen hier vor der Stadt Querfurt gelegenen Gasthof „Zum Wiesenhaus“ Krankheits halber unter günstigen Be-dingungen zu verkaufen. Es können auch 3 1/2 Morg. Acker, dicht dabei, auf Wunsch mit über-nommen werden.

Bemerkte wird nur noch, daß derselbe seiner großen Räumlichkeiten wegen während des Wiesenmarktes durch Vermietung eine sichere Rente von 100 Th. einbringt.

Die Hälfte der Kaufsumme kann darauf ste-hen bleiben. Käufer können täglich mit mir unterhandeln.

J. C. Bennemann,
Gastwirth.

Mehrere fette Ochsen hat zu verkaufen das Rittergut **Reinsdorf** bei Landsberg.

Ein complettes Reisegehirr ist zu verkaufen kleine Ulrichsstraße Nr. 9.

In lebhafter Geschäftsgegend ist zu Michaelis ein sädner hoher Laden mit großen Schaufenstern, nebst Comtoir und anstoßender Wohnnung, zu beziehen. Näheres bei **Robert Cohn**, gr. Steinstr.

Bachhaus-Verkauf.

Dasselbe liegt in einem Orte von 300 Häu-fern in der Nähe von Erfurt und geht Weiß- und Lohnbäckerei sehr schwunghaft, auch werden wöchentlich 2 Wispel Roggen auf den Verkauf gebaden und holen mehrere nahe liegende Dri-schafien ihren Bedarf darin. Preis 2000 Th. 12 bis 1400 Th. können auf mehrere Jahre daran stehen bleiben. Nähere Auskunft ertheilt der Commissionär **Theodor Weisinger** in Schloßvippach b. Weimar.

Eine im völligen Betriebe befindliche, sehr gut rentirende Bierbrauerei ist der jetzige Bes-itzer Krankheits halber gesonnen, mit dem gesamten toden und lebenden Inventarium un-ter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Selbst-käufer erfahren das Nähere unter Chiffre L. B. poste restante Eilenburg.

Eine nahrhafte Restauration ist zu verpac-hen; wo? ist Schulberg Nr. 8 zu erfragen. Auch steht daselbst ein fettes Schwein zu verkaufen.

In meinem neu ausgebauten Wohnhaus ist die obere Etage im Ganzen mit Stallung und Böden zu vermieten. Selbiges eignet sich zu Pferde- oder Getreidehandel, und wegen seinem vorzüglichen Quellwasser daselbst zur Anlegung einer Brauerei oder einer Fabrik. Gefällige Adressen werden franco erbeten Feldstraße Nr. 1 bei **C. Kaufmann**.

Die 2te Etage kleine Ulrichsstraße Nr. 9 ist zum 1. October c. ganz oder getheilt, sowie ebendasselbst auch ein Lagerraum und ein Schütte-Boden zu vermieten.

Eine Kochmamsell für hohe Herrschaften, auch Landwirthschaftlerinnen, Stuben- und La-denmädchen, Hofmeister und herrschaftliche Dien-ner werden nachgemessen

Wittne Kupfer in Merseburg.

Ausstattungen werden mit Maschine außer dem Hause genäht à Tag 15 Sgr. kleine Ulrichsstraße 13.

Selter- u. Sodawasser

von **Dr. Struve** in Dresden stets frisch bei **Helmbold & Co.**

17 Stück pikette Gänse und 21 Stück pikette Enten verkauft die Pfarre zu **Neufkirchen**.

Einige tüchtige **Eisendreher** und **Ma-schinenbauer** finden dauernde Beschäftigung in der Maschinenfabrik von

F. W. Menzel & Comp.
in Bitterfeld.

Apothekerlehrling.

Unter günstigen Bedingungen kann sofort oder 1. Octbr. ein Lehrling in meiner Apotheke Auf-nahme finden.

Salze a/Saale.

W. Machert.

Eine Lehrlingsstelle offen in der Keferstein'schen Papierhandlung.

Ein junges, anständ'ges Mädchen aus acht-barer Familie, welches bis jetzt in einem Ma-terialwaaren-Geschäft, zugleich auch in der Wirth-schaft thätig war, sucht wörsöglich 1. October ähnliche Stellung. Gefällige Offerten bittet man unter der Adresse H. B. 100. Riefedbt bei Sangerhausen poste restante franco niederzu-legen.

Guter Klavierunterricht wird ertheilt à Stunde 2 1/2 Sgr. H. Ulrichsstraße Nr. 13, 4 Tr.

Möbelfuhrwerk Bahnhofsstr. Pfitzmann.

Feuerfichere **Dachpappe** bester Quali-tät in Rollen von 50' L., 3' br. empfehlen billigst **B. Schmidt & Co.**



3 Jagdhunde edler Rasse, von graufahler Farbe, 2- und 3/4-jährig, dressirt und unbesfirt, sind zu ver-kaufen. Zu erfragen bei Herrn Gastwirth **Müller** in Halle, im Gasthose zu den 3 Königen.

Ueber alle Haar-wuchs-Mittel,

welche seit 32 Jahren auftauchen, hat der **Mäländische Haarbalsam** den voll-ständigsten Sieg davon getragen, weil er sich nicht nur gegen das Ausfallen der Haar-, son-der auch zur Erhaltung, Verstärkung, Wachst-humsbeförderung und Wiedererzeugung derselben in schönster Fülle und Glanz erfahrungsgemäß bis jetzt am besten bewährt, während die meis-ten andern Erzeugnisse ähnlicher Art von erdich-terer Berühmtheit längst den Schlägen ihrer voll-kommenen Richtigkeit erlegen und spurlos verschwunden sind. Aber der Mäländische Haarb-alsam ist noch wie bei seinem ersten Erscheinen vor 32 Jahren Gegenstand des Gesichtsfeins, ja in fortwährender Zunahme seiner Abnehmer, und seine unzählig überauswachen Erfolge sind so tief in's Volksbewusstsein eingedrungen und mit dem-selben so enge verwachsen, daß jede weitere An-preisung als überflüssig erscheint. Preis 9 Sgr. das kleine und 15 Sgr. das große Glas.

Carl Kreller, Chemiker in Nürnberg. **Alleinverkauf** in Halle a/Saale bei **Helmbold & Co., Leipzigerstr. 109.**

Rauchfuss' Etablissement zu Diemitz.

Heute Mittwoch **Apfel-, Matz- und Kaffeeuchen.**

Eine Mantille ist gefunden und abgehoben in Cröllwitz Nr. 11.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 5 1/2 Uhr entschlief sanft un-tere gute Mutter, Schwiegermutter und Groß-mutter **Christiane Heinrich** geb. **Brandt** im 67sten Lebensjahre. Dies Verwandten und Bekannten zur Nachricht.

Brachstedt, den 21. August 1866.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen starb am Typhus im Lazo-reth zu Erfurt mein theurer Mann, der Am-mann **Hermann Pfaff**. Diese Anzeige statt besonderer Meldung.

Ramsin, den 20. August 1866.

Die tiefbetrübe Wittwe **Marie Pfaff** geb. **Goefter**.

Gebauer-Schweitsche'sche Buchdruckerei in Halle.

Italien.

Um die Räumung der von den Preußen besetzten Länder möglichst zu beschleunigen, hat der Kaiser Franz Joseph sich entschlossen, mit Preußen und Italien nach einander und besonders Frieden zu schließen: nach Ratifizierung des Prager Friedens zwischen Oesterreich und Preußen wird Italien zum Beitritt zu demselben eingeladen werden, worauf die beiderseitigen Bevollmächtigten einen Ort, Wien oder Florenz, verabreden, wo der Frieden abgeschlossen wird. Venetiens Entlassung bildet bekanntlich auch im Prager Frieden einen Artikel; das „Memorial Diplomatique“, das diese Nachricht bringt, widerlegt zugleich die Gerüchte, der Papst habe eine Encyclika beschlossen, worin er Berufung an die katholischen Mächte einlege. Das geheime Conscriptorium vom 6. August hat laut dieser österreichischen Quelle von einem solchen Schritte abgerathen, nachdem Graf Sartiges ganz neuerdings dem Papste die feierlichsten Zusicherungen erteilt habe und die französische Legion von Antibes noch vor October in Rom erscheinen werde.

Die dem General Menabrea erteilten Instruktionen sind, nach der „Türiner Zeitung“, sehr einfacher Natur. Er soll um jeden Preis Frieden schließen, und dabei suchen, von Oesterreich so viel als möglich zu erlangen. Mit Ausnahme der öffentlichen Schuld soll Italien, das hierin auf die Unterstützung Frankreichs zählt, sich zu keiner Zahlung für Venetien verpflichten. Die trientiner Frage soll zur Sprache gebracht werden, und, wenn das Terrain günstig, so will Italien für diese Provinz selbst baar zahlen. Die „Stalia“ vom 17. Aug. äußert: „Die Friedens-Unterhandlungen sollten heute in Paris eröffnet werden, und wir können nur wiederholen, was wir schon so oft gesagt: es muß schnell ein Ende gemacht werden. Die Zeit des Hörens und Verschleppens ist vorüber. Eine ernstlich bestrübte Regierung muß wissen, was sie will, und, wenn sie einen Entschluß gefaßt hat, so soll sie ihn, ohne sich von untergeordneten Rücksichten ablenken zu lassen, durchführen. Der gegenwärtige Zustand Europa's macht es Italien, wie Oesterreich, zum Geseh, eine ungewisse, mit bekannnten und unbekannnten Gefahren besetzte Situation nicht länger hinauszuziehen.“ Die „Provincia“ meldet, daß die italienische Regierung bereits 6000 Zündnadelgewehre erhalten habe und deren noch weitere 12,000 erwarte. Woher dieselben kommen, wird nicht gesagt. Die „Mailänder Zig.“ meldet, daß am 15. August 1750 österreichische Kriegsgefangene durch Mailand gekommen sind, die von Genesini nach Peschiera gehen, wo sie ausgetauscht werden. Nach diesen sind mit einem anderen Zuge 1200 angekommen, welche die Nacht über in der Citadelle blieben. Auch sie wurden nach Peschiera gebracht, nachdem nochmals 260 weitere Kriegsgefangene zu ihnen gestossen waren.

Vermischtes.

Man schreibt vom Cap der guten Hoffnung an die „Annales du commerce extérieur“, daß die Kriegs-Fregatte Valorous im Namen der britischen Regierung eine Gruppe kleiner, in der Angraquequa-Bai an der Westküste der Cap-Colonie untern 26. und 27. Grad südlicher Breite gelegener Inseln in Besitz genommen hat. Diese Inseln sind mit bedeutenden Massen frischen Guano's bedeckt, der gegenwärtig in London zwischen 10 und 20 Pfund Sterling bezahlt wird.

Zur Nachachtung!

Da immer von Neuem zahlreiche Cholera-Erkrankungen vorkommen, in denen die Vernachlässigung nachfolgender Regeln als Grund der Krankheit und ihres heftigen Verlaufes angesehen werden muß, so werden dieselben hier nochmals dem Publikum zur strengen Befolgung dringend empfohlen.

- 1) Ein Jeder hüte sich vor Erkältungen. Die Bekleidung sei etwas wärmer als gewöhnlich, Leibbinden, Unterziehkleider, trockene Schuhe und Strümpfe, Vermeidung des Sitzens im Freien am Abend, hinreichend warme Bedeckung Nachts, besonders bei Kindern, sind anzurathen.
2) Vermeidung von Diätfehlern. Die Lebensweise sei einfach, muß aber nicht, wenn sie bisher für die Gesundheit des Betreffenden zweckmäßig war, gänzlich abgeändert werden. Schwer verdauliche Speisen sind zu vermeiden. Ungünstig ist der Genuß von Gurken, Melonen, unreifen oder größeren Mengen Obstes, überhaupt feissen Kartoffeln, faurem nicht völlig ausgegohrenem Biere, Gase, Boihan, unpassende Zusammenstellung von Speisen, z. B. Bier, Obst, Wasser, Milch, kurz nach einander, Ueberladung des Magens auch mit gelunbenen Speisen und Getränken. So ist zu viel Bier, zu viel Wein, Schnaps u. entschieden schädlich. Gesellschaften mit luxuriösen Essen, Festessen und dergl., Bälle, Kneipereien, sollten jetzt ganz unterbleiben.
3) Uebermäßige Aufregungen geistiger und körperlicher Art sind schädlich. Ueberanstrengungen müssen vermieden werden. Die Choleraangst, das Erschrecken und Schauern vor Begräbnissen, Siechthöfen u. s. w. wirkt ungünstig, kann aber durch geistige Kraft und Energie überwunden werden.
4) Jedes geringe Unwohlsein muß sogleich beachtet werden. Bei Uebelkeit, Brechneigung, Kollern im Leibe, Durchfall, wenn auch unbedeutend und schmerzlos, Dörmachtsgefühl, Schwindel, Zittern der Glieder, Neigung zu Schweißsen und dergl. mehr, muß sich der Patient sofort ins Bett legen, einen warmen Umschlag über den Leib machen, etwas warmen Kamillen- oder Pfeffer-

fermünzthee trinken und zum Arzte schicken, w der Zustand nach kurzer Zeit sich nicht bess Der Gebrauch von Choleraerosefen ist oft nützlich, wenn gleich ein Arzt zu Rathe gezogen werden kann; schäd aber ist es, den Tropfen zu vertrauen, ohne die oben an benen Maßregeln zu befolgen. Scheimmittel, wie Daubig queur, Königstrank u. s. sind verwerflich.

- 5) Die Ansteckung muß vermieden werden. Directe Berührung mit Choleraerosefen ist wahrscheinlich ebe wenig ansteckend, wie die frischen Ausleerungen desel diese werden es aber nach kurzer Zeit, und w dann für die Verbreitung der Krankheit sehr verderblich. ist deshalb unbedingt nöthig, daß die von Chole franken verunreinigten Wäschstücke, Gefäße i Gegenstände desinficirt werden, und zwar die W durch Einweichen in Essig und 1/2- bis 1 stündiges Ausse mit Wasser, dem Zinkvitriol oder Creosot zugefetzt ist. E erst darf sie gewaschen werden, da ohne diese Maßregel Wäscherinnen gefährdet sind.

Die Desinficierung der Aborte und Kloaken gesd mit hinreichenden Mengen von Eiseenvitriol und Creosot. Sie am besten durch Sachverständige besorgt, da unvollständige Des cirung keinen Nutzen und Erfolg haben kann.

Die Desinficierung ganzer Stuben oder Wohn gen geschieht am besten durch starkes Ausschweifen, nachdem Fußst und darin befindliche Gegenstände durch Besprengen mit Wasser fe gemacht sind. Verunreinigte Betten müssen durch Ausschweifen, Ausschloren und nachfolgendes Auslüften, noch besser durch Reini in Federreinigungs-Anstalten unschädlich gemacht werden. Verunre tetes Bettstroh ist baldigst zu verbrennen.

Halle, d. 21. August 1866. Professor Weber.

Börsen-Versammlung in Halle.

Halle, am 21. August 1866.

Preise mit Ausschluß der Courtage.

- Weizen: 170 U. alter 64-65 H. bez., neuer 60-62 H. bez., ner über Notiz.
Roggen: 168 U. alter 50-51 H. bez., neuer 48-50 H. bez.
Gerste: 140 U. alte 40 H. bez., neue 37-39 H. bez.
Hafer: 100 U. 27-27 1/2 H. bez.
Rümmel: 10-10 1/2 H. bez.
Wau: 2 1/2-2 3/4 H. bez.
Delsaaten: Raps 90-92 H. bez., Dötter 68-70 H. bez.
Stärke: 6 1/2 H. bez.
Spiritus: unverändert.
Rüböl: 12 1/2-12 3/4 H. bez.
Solardl: } unverändert.
Erdöl: thüringisches }
Kohlsüder: mehr Geschäft, nach Dualität 8 1/4-9 1/4 H. bez.
Syrup: 19-20 Sgr. bez.
Delfuchen 1 1/2 H. bez.
Futtermehl: }
Kleie: } unverändert.
Heu: }
Stroh: }

Marktberichte.

Halle, d. 21. August. Getreidepreise (nach Berl. Scheffel u. Pruss. Sclde) der Börse. Weizen 2 1/2 15 1/2 - 1 bis 2 1/2 25 1/2 - 1. Roggen 2 1/2 - 1 bis 2 1/2 3 1/2 9 A. Gerste 1 1/2 16 1/2 3 A. bis 1 1/2 20 1/2 - 1. Hafer 1 1/2 3 1/2 9 A. bis 1 1/2 4 1/2 4 A. Heu pr. Ctr. 20-25 1/2 Sgr. Stroh pr. Schock à 1200 U. 6-7 Sgr. Die Polizei-Bewaltung. Magdeburg, den 20. August. Weizen - 1/2 Roggen - 1/2 Hafer - 1/2 Kartoffelspiritus, 8000% Tralles, loco ohne Faß - 1/2 Gerste - 1/2 Nordhausen, d. 20. August. Weizen 2 1/2 bis 2 1/2 1/2 20 1/2 1/2 Roggen 1 1/2 bis 1 1/2 1/2 17 1/2 1/2 bis 1 1/2 25 1/2 1/2 Gerste 1 1/2 bis 1 1/2 1/2 11 1/2 1/2 Heu pr. Ctr. 14 Sgr. Berlin, den 20. August. Weizen loco 50-76 1/2 nach Qualität, ord. b poln. 58 1/2, weisbunt poln. 62-64 1/2 bez., Lieferung pr. Aug. 67 1/2, Sept. 65 1/2, Oct. 66 1/2, Nov. 65 1/2, Dec. 64 1/2 bez. u. Br., 65 G. - Roggen loco -82 1/2, 48-49 1/2 ab Bahn bez., pr. Aug. 47 1/2-46 1/2 bez., Aug./Sept. 47 1/2 bez. u. Br., 46 G., Sept./Oct. 46 1/2-45 1/2 bez. u. G., 46 Br., Oct. Nov. 46-45 1/2 bez. u. Br., Dec. 45 1/2-44 1/2 bez. u. Br., 45 G., Frühl. 45 1/2-44 1/2 bez. - Gerste, große u. kleine, 38-44 1/2 pr. 1750 Pfd. - Ha loco 25-28 1/2, Aug. 25 1/2-25 bez., Sept./Oct. 24 1/2 bez., Nov./Dec. 24 1/2 bez., Frühl. 25 1/2 nominell. - Heiden, Koch u. Futterwaare 50-64 1/2. Winterraps 80-90 1/2. - Winterrüben 78-86 1/2. - Rüböl loco 12 1/2, Aug. 12 1/2 bez., Aug./Sept. 12 1/2-12 1/2 bez., Sept./Oct. 12 1/2-12 1/2 bez., Oct./Nov. u. Nov./Dec. 12 1/2-12 1/2 bez., - Leinöl loco 14 1/2, Aug. 14 1/2 bez., u. G., 1/2 Br., April/Mai 14 1/2-1/4 bez. u. Br., 1/2 G. Weizen loco reichlich offerirt, Termine vereinzelt billiger. Roggen in loco konnte m heute etwas billiger antommen und bewege sich der Handel hierin in den engen Wren. Termine fest zu heute die angenommenen weidende Tendenz fort, wozu u langfristige Realisationen auf alle Sichten wesentlich beitragen. Der Rückgang betref neueindig et. 1 1/2 pr. Wispel gegen Sonnabend und schließt der Markt aus zu le ten Notierungen mit Angebot, gerand. 2000 Ctr. Hafer loco schwächerer Aufb Termine klar und niedriger. Rüböl verkehrte in fester Haltung und ist in der Nö rungen gegen Sonnabend keine wesentliche Veränderung eingetreten. Spiritus wu wie Roggen zu nachgehenden Preisen gehandelt. Anhaltende Känigungen, wel schwerer Aufnahme begegnen, wirken depressiv auf den Artikel, gefund. 12 1/2 Quart. Breslau, d. 20. Aug. Spiritus pr. 8000 pGt. Tralles 14 1/2 1/2 Br., 1/2 Weizen, weißer 68-85 1/2, gelber 68-82 1/2, Roggen 62-66 1/2, Gerste -48 1/2, Hafer 26-31 1/2. Stettin, d. 20. August. Weizen 62-70, Aug. 71 1/2-71 bez., Sept./Oct. bez. u. Br., Oct./Nov. 61 Br., Frühl. 68 1/2 Br. u. G. Roggen 46-48, Aug. Sept./Oct. 45 Br., Frühl. 45 1/2-45 bez. u. G. Rüböl 12 1/2, Aug. 12 1/2, Sept.

u. Oct. Nov. 12 Br. Sybilus 14 1/2 bez., Aug./Sept. u. Sept./Oct. 13 1/2 bez.,
Frühjahr 14 1/2 Br. u. G.

Herzberg, d. 20. August. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Fester Markt.
Ling Amerikanische 14, middling Orleans 14 1/2, Fair Dhollerah 10 1/2,
ing Fair Dhollerah 9, good middling Dhollerah 8 1/2, New Bengal 7 1/2, &
Dhollerah 10 1/2, Penam 17.

Wasserstand der Saale bei Halle am 20. August Abends am Unterpegel 5 Fuß
3 Zoll, am 21. August Morgens am Unterpegel 5 Fuß 3 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg den 20. August am neuen Pegel 4 Fuß
5 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Dresden am 20. August Mittags: 1 Elle 7 Zoll
unter 0.

Berliner Fonds- und Geld-Cours.

Berliner Börse vom 20. August 1866.

Table with columns: Fonds-Cours, Div. 1866, Brief, Geld, and various bond entries like willige Anleihe, Staatsanleihe v. 1859, etc.

Table with columns: Pfandbriefe, Div. 1866, Brief, Geld, and entries like Preussische Pfandbriefe, Rheinische Pfandbriefe, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Aktien, Div. 1866, Brief, Geld, and entries like Magdeburg-Halle, Berlin-Hamburg, etc.

Table with columns: Eisenbahn-Aktien, Div. 1866, Brief, Geld, and entries like Magdeburg-Halle, Berlin-Hamburg, etc.

Table with columns: Rheinische, Div. 1866, Brief, Geld, and entries like Rheinische, Preussische, etc.

Table with columns: Ausland Eisenbahn-Stamm-Aktien, Div. 1866, Brief, Geld, and entries like Amsterdam-Rotterdam, etc.

Table with columns: Ausland Eisenbahn-Stamm-Aktien, Div. 1866, Brief, Geld, and entries like Belg. Domb. u. Meuse, etc.

Table with columns: Wechselkurs vom 20. August, Brief, Geld, and entries like Amsterdam, London, etc.

Table with columns: Inländische Fonds, Brief, Geld, and entries like Berl. Land-Gesellschaft, etc.

Table with columns: Inländische Fonds, Brief, Geld, and entries like Braunschweig, Bremer Bank, etc.

Table with columns: Inländische Fonds, Brief, Geld, and entries like Braunschweig, Bremer Bank, etc.

Table with columns: Gold und Papiergeld, Brief, Geld, and entries like Napoleon'sdor, etc.

Die Börse war heute fest, aber nicht in allen Effekten belebt; schwere österreichische Papiere still, mit Ausnahme der Lombarden; von Bahnen waren Gdn- und Mindener, Bergisch-Märkische und Nordbahn belebt; Amerikaner in gutem Verkehr, allenfalls auch Italiener; russische Papiere belebt; preussische Fonds angenehm und mehrfach steigend.

Gebauer-Schweitzsche Buchdruckerei in Halle.

Süddeutschlands Bemühungen für den Zollverein.

Das Schicksal des Zollvereins bildet seit den entscheidenden Schlachten und Siegestagen der preussischen Waffen den Gegenstand lebhafter Verhandlungen, Anträge und Resolutionen sachkundiger Korporationen, von Behörden und allgemeinen Volksversammlungen in Baiern, Darmstadt, Württemberg und Baden. Sehr erfreut nehmen wir Akt von diesen Kundgebungen des süddeutschen Eifers, das öffentliche Urtheil wird es aber schwerlich bestaunen, daß sich Süddeutschland seiner Pflichten gegen den Zollverein erst nach jenen Siegestagen, und nicht vor den kriegerischen Ereignissen und vor dem verhängnißvollen Bundesbeschlusse vom 14. Juni d. J. erinnert hat. Es ist wohl begrifflich, daß die preussischen Waffenthaten, wie sie überhaupt eine kaum fassbare Wandlung in der politischen Gesinnung und in dem Urtheil Einzelner, ganzer Parteien und ganzer deutscher Länder hervorgebracht haben, auch in Süddeutschland nicht ohne einigen Einfluß bleiben konnten, und daß man zu unterscheiden oder nur zu bemerken gelernt haben wird, welche unermesslichen Vorzüge ein großes gesundes Staatswesen vor den kleinen, sieben dynastischen Gemeinwesen besitzt. Aber bei dem Zollverein liegt die Sache doch anders. Dieser Handelsbund ist keine Schöpfung von heute oder gestern. Süddeutschland hat die Segnungen desselben seit 30 Jahren aus eigener Erfahrung kennen gelernt, stand aber dissenionsgächtig in allen wichtigen und entscheidenden Epochen stets und mit wachsender Animosität auf Seiten der Gegner des Zollvereins und auf Seiten der Gegner Norddeutschlands. Als die Heimath des sähesten, jeder lebenskräftigen Einheit Deutschlands gefährlichen Partikularismus hat der deutsche Süden das neidlose Verdienst, die Aushebung des Zollvereins systematisch volle 30 Jahre lang verbündet zu haben. Er trägt auch diesmal die Schuld, wenn der Zollverein in Frage gestellt ist. Durch die Ablehnung aller Anerbietungen Preussens, noch mehr durch den Krieg, den die süddeutschen Staaten gegen Preußen beschlossen und ins Werk gesetzt haben, sind, das bedarf doch wohl keiner weiteren Ausführung, die bestehenden Verträge zwischen den kriegsführenden Parteien aufgelöst, und Süddeutschland wird dies, wenn die Zeit der Abrechnung für die Monate Juni und Juli kommt, eben so gründlich erfahren, wie es die Resultate der Abrechnungen auf den Schlachtfeldern kennen gelernt hat. Denn in Folge des unüberlegt provocirten Kriegszustandes wurden die süddeutschen Grenzen schlecht oder gar nicht bewacht, die vertragmäßige Theilnahme preussischer Beamten bei den süddeutschen Zoll- und Steuerämtern inhibirt, die Kostenverwaltung eigenmächtig geführt und darüber verflügt, und Verbote bestimmter Waaren unterbrochen den vertragmäßigen freien Verkehre, während die Zollangelegenheiten in Preußen nicht einen Augenblick in ihrem friedlichen Gange unterbrochen wurden. Es kann schwerlich die Absicht der preussischen Regierung sein, seine Zollentkünfte mit denen zu theilen, welche ihre vertragmäßigen Pflichten so gründlich verletzt haben. In einzelnen Branchen hat Preußen die Folgen des süddeutschen Kriegszustandes allein getrazen und es wird darum auch die damit etwa verbundenen finanziellen Ergebnisse für sich beanspruchen müssen. Die nachtheilige Konjunktur z. B. im Zeiggeschäfte wurde dadurch verschlimmert, daß der Kriegszustand, den Baiern, Württemberg, Baden, Darmstadt, Nassau und Frankfurt leichtfertig hervorgerufen, unsern Zuckerfabriken den süddeutschen Markt entzogen. Sollen nun diese Staaten auch noch Theil an unserer norddeutschen Zuckersteuer haben?

Preußen und ganz Norddeutschland haben kein Interesse, den Zollverein zu künftigen. Preußen und der Zollverein sind zusammengehörige politische und wirtschaftliche Begriffe. Der Süden bedarf des Nordens und der Norden des Südens. Das dreißigjährige Band, das beide Theile umschlingt, ist ein so wohlthätiges, daß die Trennung nur zum Nachtheil Beider erfolgen könnte. Daß diese Überzeugung bis in die höchsten Regierungskreise geteilt wird, geht unweifelhaft daraus hervor, daß Preußen den Zollverein über die demselben noch fernstehenden deutschen Besten, beide Mecklenburg, Lauenburg, Schleswig-Holstein und die drei Hansestädte auszudehnen und namentlich diese letzteren, insbesondere das ökonomisch gesinnte Hamburg in eine Position zum Zollverein zu bringen beabsichtigt, welche auf den Handel beider Theile nur von günstigem Einflusse sein wird.

Aber Preußen muß und wird im Interesse des gesammten deutschen Handels und unserer gesammten deutschen Volkswirtschaft von dem einseitigen Partikularismus Süddeutschlands Garantien fordern und solche Bedingungen für den Eintritt stellen, durch welche die Wiederkehr so trauriger Störungen, wie wie sie nicht nur in den letzten Monaten, sondern bei allen wichtigen Angelegenheiten des Zollvereins erlebt haben, unmöglich gemacht wird. — Bedingungen, welche nicht nur mit den Aufgaben des in sicherer Aussicht stehenden norddeutschen Bundes sich vereinigen lassen, sondern vorzüglich auch darauf gerichtet sind, die bisherigen Hemmnisse einer lebenskräftigen und espreislichen Entwicklung des Zollvereins vollständig beseitigen. Die Regierungen der Länder, welche an den Segnungen des Zollvereins theilnehmen wollen, müssen auf das bisherige Liberrum Veto, dieses Fundament, diese Krücke und Stütze des unberechtigten und aufgeblasenen Partikularismus, auf die aus den Gesandten der einzelnen Höfe bestehenden Generalkonferenzen als einzige, erste und letzte entscheidende Instanz über alle Zollfragen, und auf das Recht, die Handelswelt mit müßigen Konjunktur zu bevölkern, so wie auf vieles Andere verzichten. Den endlosen Machinationen des dynastischen Partikularismus, welche unserm Handel und unserer Industrie einen reichen Theil ihrer Spannkraft rauben, muß ein Damm vorgeschoben werden; es darf sich eine souveraine Stadtgemeinde wie Frankfurt a. M. nicht mehr begeben lassen, die vollgiltigen Zahlungsmittel Preussens willkürlich im Coursverthe herabzusetzen und dies durch seine Courszettel über die ganze Handelswelt

zu verbreiten. Solche Fribollitäten und Kniffe neujüdischer Wipper müssen unmöglich und geächtet sein.

Daß Preußen nicht daran denkt, aus irgend welchem theoretischen oder persönlich-willkürlichen Motiv den Zollverein aufzulösen, sondern daß es Gesamtdeutschland fest im Auge hat, dafür haben wir in dem Präliminar-Friedensvertrag vom 26. Juli ein überzeugendes Dokument; Artikel 2 desselben lautet:

„S. M. der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und giebt seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltuna Deutschlands ohne Bethelligung des österröichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht S. M. der Kaiser von Oesterreich, das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches S. M. der König von Preußen nördlich von der Linie des Mains begründet wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammenzutreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der nähere Verständigung zwischen Beiden vorbehalten bleibt.“

Den süddeutschen Staaten ist also der Weg zum Zollverein nicht verschränkt; sie haben vielmehr durch den Präliminarvertrag von Nikolsburg reichliche Gelegenheit, in den Friedensverhandlungen, die gegenwärtig in Berlin mit ihnen geführt werden, ihr Verbleiben im Zollverein zu ermöglchen und, wie es ihre Pflicht ist, für die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu sorgen. Der, wie es scheint, schleppende Gang der Verhandlungen erregt indessen den Verdacht, daß der alte partikularistische Geist des Feilschens auch unter den Schlägen, die ihn in Böhmen, am Main und an der Donau getroffen haben, noch nicht erstorben ist.

Der Zollverein soll also erhalten werden, aber unter Bedingungen, die seine Eriftnis, seine Entwicklung und seine Wirksamkeit gegen den Partikularismus sicher stellen. Diese Bedingungen muß Süddeutschland erfüllen, wenn es an den Segnungen des Handelsbundes Theil haben will.

Telegraphische Depesche.

Hamburg, d. 20. August. (B. B.-Ztg.) Der „Börsenhalle“ wird aus Hannover geschrieben, daß der König von Hannover sich geneigt erklärt habe, zu Gunsten seines Sohnes, der das preussische Bündniß wolle, zu abdiciren; die Antwort Bismarck's aber soll gewesen sein, daß dies Anerbieten jetzt zu spät komme.

Deutschland.

Berlin, d. 20. August. Die Commission des Abgeordnetenhauses für den Entwurf eines Wahlgesezes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes hielt heute Vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Simon ihre erste Sitzung. Derselben wohnten der Minister des Innern, sowie als Regierungs-Commissar der Geh. Legationsrath Dr. Heyke und der Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, Landrath Gr. zu Eulenburg, bei.

Referent Abg. Eweken richtet zunächst an die Staatsregierung die Frage: welche Kompetenzen der Bundesversammlung beigelegt werden solle, und welchen Umfang man überhaupt dem Bunde geben wolle. Reg.-Commissar Heyke erwidert darauf, daß die Staatsregierung mit denjenigen Regelungen, welche dem Bunde beizutragen, in Betreff der Kompetenz eine Vorlage vereinbaren werde; welche Ausdehnung der Bund nehmen werde, lasse sich jetzt noch nicht bestimmen annehmen. Vorläufig geschieden die Regelungen, welche die distictive Staats-Regierung in Aussicht genommen habe, in drei verschiedene Gruppen, erstens in solche, welche schon definitiv verhandelt hätten, in den Bund einzutreten, sodann in solche, mit denen noch definitiv verhandelt werde, und hierunter seien die beiden Westfalen sowie Eulenburg zu nennen, und endlich drittens solche, mit denen die Verhandlungen noch nicht eröffnet seien, wie Sachsen, Meiningen und Meißn ältere Linie. — Abg. John (Coblenz) richtet an die Staatsregierung die Frage, ob in den Norddeutschen Bund auch ganz Preußen, d. h. auch diejenigen preussischen Staatstheile, welche bisher nicht zum deutschen Bunde gehörten, fernerhin eingeschlossen sein sollten. — Reg.-Commiss. Graf zu Eulenburg erwidert, daß dies ja schon in dem Geleze ausgedröckt sei, und daß aus S. 1 des Gelezes hervorgehe, nach welchen jeder Preuss wolle und wöhlbar sei, ob die Staatsangehörigen derjenigen Landestheile, welche bisher nicht zum deutschen Bunde gehörten, dem neuen Bunde angehören sollten. — Abg. Dr. Löwe (Bochum) fragt nach dem Verhältniß der jetzt mit Preußen verbündeten Staaten zu dem in Aussicht genommenen Bunde; namentlich, ob das Geleze, wie man es jetzt machen wolle, auch für sie gelten solle, vorausgesetzt, daß sie dem Bunde beizutragen, oder ob die Staatsregierung darüber mit den Ständen dieser einzelnen Staaten verhandeln werde; in letzterem Falle, ob sie dann in Sachsen und Hannover mit den jetzt vorhandenen, aber nicht zu Recht bestehenden Ständen, oder aber mit den vom Jahre 1840 herüberenden Ständen verhandeln wolle. — Reg.-Comm. Dr. Heyke erklärt, daß er eine ganz bestimmte Antwort auf diese Frage jetzt zu geben nicht im Stande sei. Die Regierung aber setzt voraus, daß sie nicht erst notwendig haben werde, mit den einzelnen Ständen der übrigen Staaten über ein Geleze zu verhandeln, daß vielmehr das Geleze, wie es in Preußen beraten und publizirt werden solle, auch für die übrigen Länder zur Anwendung gelangen werde. Auf eine andere Frage Dr. Löwe's, ob die Regierung in Bezug auf die Wahlen in Sachsen zunächst den Abschluß des Friedens mit Sachsen abwarten wolle, oder ob sie, wenn der Friede jetzt nicht im Stande sei, die Wahlen schon jetzt und mit Hilfe des Civil-Commissariats zur Ausführung bringen lassen werde, erklärte der Regierungs-Commissar, daß die Regierung sich der letzteren Ansicht anschliesse. — Dr. Löwe fragt weiter, in Betreff Eulenburg's, ob die Erklärung, welche die Staatsregierung am Bundestage bei der Vorlage ihres Reformprojekts abgegeben: daß der Entwurf für alle deutsche Staaten mit Ausnahme Oesterreichs und der Staaten des Königs der Niederlande gelten solle, unter diesen letzteren Staaten auch Eulenburg gemeint habe. Reg.-Comm. Dr. Heyke erwidert darauf, daß unter diesen Staaten nur Eulenburg gemeint sei. In Betreff Eulenburg's verband die Staatsregierung jetzt noch mit der belgischen Regierung, er sei aber noch nicht im Stande, schon jetzt den Eintritt Eulenburg's mit Bestimmtheit in Aussicht zu stellen. — Bei der nun folgenden allgemeinen Diskussion bildete das von Dr. Löwe angeregte Verhältniß der Stände der annectirten Staaten zu dem Bunde den Dreipunkt. Der Ref. Eweken, sowie die Abgg. Dr. Simon, v. Carlows und Fred sprachen sich dahin aus, daß mit der Eroberung dieser Staaten nicht die Rechte der Fürsten dieser Länder, sondern auch ihre Verfassungen aufgehört hätten. Dieser Auffassung traten die Abgg. Dr. Löwe (Bochum), Reich enperger und Groot entgegen. Letzterer stellte mehrere Anträge, welche sich auf die Kompetenz

der Bundesversammlung, wie auch auf ihre Zusammensetzung bezogen; in Betreff der letzteren war er der Ansicht, daß die Parlamente der einzelnen Staaten aus ihrer Mitte heraus die Mitglieder des Bundes-Parlaments wählen müßten. — Abg. Reichensperger stellt den Antrag, wegen der Staaten, welche noch nicht dem Bunde beigetreten seien, deren Beitritt aber wünschenswert und erwartet werden könne, dem Reich eine andere Lebensfrist zu geben. Nachdem die General-Diskussion geschlossen, wurde die Sitzung um 2 Uhr auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Die Motive zu dem Gesez Entwurf betreffend die Uebernahme der Regierung in dem Königreich Hannover, dem Kurfürstenthum Hessen, dem Herzogthum Nassau und der freien Stadt Frankfurt lauten wörtlich:

Die Regierungen des Königsreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen und des Herzogthums Nassau, sowie die freie Stadt Frankfurt haben durch ihre beharrliche Ablehnung der von Preußen vorgeschlagenen Reform des deutschen Bundes und durch den offenen mit dem Zwecke der Vereitelung derselben unternommenen Krieg, bewiesen, daß auf ihre Mitwirkung zur Befriedigung der nationalen Bedürfnisse und berechtigten Wünsche des deutschen Volkes nicht zu rechnen ist. Sie haben damit ihrer Fortbestand unmöglich gemacht, indem sie gezeigt haben, daß derselbe mit der Ueberwindung besiegelter Zustände der deutschen Nation unvereinbar ist. — Neben dieser Unvereinbarkeit mit einer Rekonstruktion Deutschlands auf nationalen Grundlagen würde der Fortbestand dieser Staaten eine fortdauernde Gefahr für Preußen in sich schließen. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, wie groß diese Gefahr ist, indem Preußen sich genöthigt gesehen hat, im Augenblick eines, die ganze Kraft der Nation in Anspruch nehmenden Krieges gegen eine ebenbürtige Großmacht, einen bedeutenden Theil seiner Streitkräfte zur Disposition jener, es im Rücken und von der Seite drohenden Länder zu verwenden. — Dieser Zustand darf nicht wiederkehren. Er muß für immer beseitigt werden. — Seine Majestät der König hat sich daher entschlossen, zur Sicherstellung der eigenen und der übrigen deutschen Lande von dem durch die Fügung der Vorsehung ihm verliehenen Rechte Gebrauch zu machen und die Regierung über die gegenwärtig von preussischen Truppen besetzten und in preussischer Verwaltung befindlichen Territorien des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt a. M. mit ihrem Gebiet auf Grund des Art. 55 der Verfassung zu übernehmen.

Die Herzogthümer Schlesien und Schwesig hat Seine Majestät der König bisher in gemeinsamer Regie mit Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich auf Grund des Wiener Vertrages vom 30. März 1834 befehlet. Nachdem Sr. Maj. der Kaiser sich bereit erklärt hat, alle ihm aus diesem Vertrage zustehenden Rechte auf Sr. Maj. den König zu übertragen, wird Sr. Maj. der König, sobald der Friede mit Oesterreich definitiv sein wird, die Regierung auch dieser beiden Herzogthümer definitiv übernehmen. Wenn die nöthigen Dispositionen des Herzogthums Schlesien in freier Abstimmung den Wunsch ausprechen sollten, mit dem Königreiche Dänemark vereinigt zu werden, so wird Sr. Maj. der König diesen Wunsch statt geben. Die individuellen Verhältnisse und Besondereheiten der neu erworbenen Länder und Landesheile werden eine vielfache Berücksichtigung erfordern, deren Tragweite sich noch nicht übersehen läßt. Es ist der Wille Sr. Maj. des Königs, den wirklichen Bedürfnissen gerecht zu werden und die billigen Rücksichten auf berechnete Eigentümlichkeiten mit den Forderungen des allgemeinen Staatswohles und der Gerechtigkeit gegen alle Seine Unterthanen auszugleichen. Deshalb konnte die sofortige Aufnahme dieser Länder in das preussische Staatsgebiet nicht erfolgen, vielmehr muß es einer, hoffentlich nahen Zukunft vorbehalten bleiben, die sämmtlichen unter der Herrschaft des Königs befindlichen Lande in ein Ganzes zu vereinigen, sobald die neu erworbenen Länder durch das jetzt eingetretene Uebergangsstadium dazu vorbereitet sein werden. Die dahin zielenden Vorarbeiten werden, nach Maßgabe des Art. 2 der Verfassungsurkunde, dem Landtage seiner Zeit gemacht werden.

Aus der Adresscommission theilt in der „Volkszeitung“ ein Mitglied der Commission in ausführlicher Weise die Erklärung mit, welche Graf v. Bismarck in der Sitzung vom 19. d. der getachten Commission gegeben. Die Gewähr für die Richtigkeit dem Berichtstatter überlassend, lassen wir die sehr interessante Auslassung hier folgen. Sie lautet:

Ueber die in der Deutschen Politik zu erstrebenden Ziele ist wenig Meinungsverschiedenheit, weder zwischen den Adressanten der Adressen, noch zwischen der Regierung und der Landesvertretung. Es fragt sich nur, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln diese Ziele sich erreichen lassen. Die künftige Regierung hat sich die Grenze des Möglichen stellen müssen, d. h. dessen, was sich erlangen läßt ohne zu große, unverhältnismäßige Opfer und ohne die Zukunft zu compromittiren. Das hätten wir aber gethan, wenn wir über die unserer Politik jetzt gestellte keine hinausgegangenen wären. Die Aufgabe aber, welche wir in dieser Beziehung gegeben, müssen wir halten und so vor allem den Glauben an unser Wort befestigen. Wir glauben aber auch nicht, daß es möglich gewesen wäre, jetzt weiter zu gehen. Wir haben auch in der preussischen Regierung zu viel Energie, daß er eher der Mäßigung als der Stimulierung bedarf. Nach den Friedensverhältnissen ist die Regelung der nationalen Beziehungen des süddeutschen Bundes zu dem norddeutschen vorbehalten. Sie ist also nicht ausgeschlossen und die Art derselben wird wesentlich davon abhängen, ob das Bedürfnis dazu von Süddeutschland sowohl in seinen Regierungen, wie in seinen Völkern lebhafter empfunden wird, als wie es gegenwärtig der Fall ist, wo wir sehen, daß preussische Militärs, die sich jenseits der Demarcationslinie zeigen, den Ausbrüchen der Volksmuth ausgelegt sind. — Zunächst kam es uns darauf an, dem neuen Bunde feste Grundlagen zu geben. Ich glaube, daß sie um so weniger fest ausfallen würden, je ausgeprägter derselbe wäre; wir könnten unmöglich einem Staate wie Bayern solche Zumuthungen stellen, wie wir sie im Norden jetzt erheben müssen. Die erste dieser festen Grundlagen suchen wir in einem starken Preußen, so zu sagen in einer starken Hausmacht des leitenden Staates, den wir deshalb in seinem directen Besitz erheblich vergrößert haben. Das Band des eignen Bundes, durch das wir außerdem Norddeutschland verknüpfen wollen, wird dagegen so fest wie die Einverleibung nicht ausfallen. Insofern gab es, um der Weiterkehr solcher Dinge vorzubeugen, das betreudete und verwandte Volkstämme, nur zwei oder eigentlich drei Methoden. Die eine ist eben die Einverleibung und die vollkommene Verschmelzung mit Preußen selbst bei widerstrebender Bevölkerung, namentlich widerstrebendem Beamten- und Offiziersstande, die sich durch ihre Treue an die früheren Regierungen gebunden fühlen. Die Regierung denkt die Schwierigkeiten derselben auf Deutsche Art zu überwinden, durch Schonung der Eigentümlichkeiten und allmähliche Eingewöhnung, nicht, wie es bei Romanischen Völkern üblich ist, mit einem Schläge.

Die zweite Methode ist die Theilung der Hoheitsrechte, so daß es gewissermaßen einen Militärherrschler und einen Civilherrschler giebt; durch die Umstände genöthigt, werden wir diese Methode in Sachsen versuchen müssen. Früher hatte ich eine lebhaftere Meinung für dieses System. Nach den Gindrücken aber, die mir bei Gelegenheit der Ausstellung der Forderungen gegenüber von Schlesien-Sachsen geworden, bezüchtete ich, daß ein solches System eine dauernde Quelle von Vermittlungen bilden würde, eine Quelle, die länger fließen dürfte, als die Abneigung gegen den neuen Herrscher bei wirklich angethürten Ländern. Bei jener Gelegenheit hielt man mir das einschneidende Wort entgegen, „wir wollen nicht Preußen zweiter Klasse sein“ aber ganz abgesehen von solchen Gemüthlichkeiten, der fremde, immer nur mit Anfeindungen kommt, während alle möglichen Einflüsse der Civilverwaltung in den Händen des alten Landesherren bleiben. Ich bebaute, daß wir, wie gesagt, genöthigt sein werden, dies Experiment in Sachsen zu machen. Die dritte Methode endlich wäre die Bereinigung des bisher bestehenden Gemeinwehens; das haben wir verschmäht, ein sehr verkümmertes Hannover, Sachsen, Ansbach u. s. w. Mit diesem System haben wir 1815 in Sachsen trübe Erfahrungen gemacht. Zwar sind die an Preußen gekommenen Theile völlig mit diesem Staate verwachsen, aber in dem selbstständig gebliebenen

Theile hat sich von da ab eine entschiedene Abneigung gegen Preußen erhalten; deshalb haben wir dies System, das uns superfluit wurde, diesmal völlig beseitigt, wir haben das Interesse der Regierungen über das der Dynastien gestellt. Es ist wahr, es macht dies vielleicht den Grund der Ungerechtigkeit, aber die Politik hat nicht die Aufgabe der Gerechtigkeit, die Sache ist nicht unter, sondern wir haben zu thun, was für den preussischen Staat eine Nothwendigkeit ist, und deshalb haben wir uns durch kein dynastisches Angebot leiten lassen. Und deshalb haben wir aus diesen Ländern selbst keine Anerkennung gefunden. Hannoveraner haben sich mir gegenüber so ausgesprochen: „erhalten Sie uns unsere Dynastie, wenn das aber nicht möglich ist, dann verlassen Sie wenigstens nicht unser Land, sondern nehmen uns ganz.“ Was unser Bundesgenossen betrifft, so haben wir nur deren wenige und schwache gehabt, aber es ist nicht bloß eine Pflicht, sondern ebenso beliebt ist die Klugheit, auch dem Kleinsten unter Wort zu halten. Je rückhaltloser Preußen zeigt, daß es seine Feinde von der Landkarte wegrufen kann, um so pünktlicher muß es seinen Freunden Wort halten. In der Sache in Süddeutschland wird dieser Glaube an unsere vollsthige Redlichkeit von großem Gewicht sein. Was die Reichsverfassung angeht, so ist auch sie nur eine der Formen, in der das von mir angeordnete Problem gelöst wird. Ich gebe zu, daß sie das theoretisch genommene, schärfer und richtiger thut, als unser Bundesvertrag, indem sie die Fürsten gewissermaßen zu Unterthanen, zu Vasallen des Kaisers macht; diese werden aber vielmehr genötigt sein, einem Völkervönden, einem Beamten des Bundes Rechte einzuräumen, als einem eigentlichen Kaiser und Lehnsherrn. Es wird mir verzeiht sein, auf diese Frage tiefer einzugehen bei Gelegenheit der Diskussion der Vorlagen, die ich heute zu machen habe, so wie bei der des Reichswahlgesetzes. — In der Sitzung erklärte sich der Herr Ministerpräsident mit den Anschauungen des Abgeordneten v. Vinde einverstanden.

Im Abgeordnetenhaus ist die nächste Sitzung, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, auf Donnerstag Vormittags 10 Uhr anberaumt, die Tagesordnung wird die Adressdebatte bilden. Im Herrenhause steht in den ersten 14 Tagen keine Sitzung in Aussicht, darüber ist ein großer Theil der Mitglieder beurlaubt und verreist ist.

Von der galizischen Grenze, d. 16. August, schreibt man der „Allg. Ztg.“: In Krakau wurde in voriger Woche ein Jude aus dem Königreich Polen, Joseph Selzer, kriegsrechtlich gehängt, weil man in seiner Priesterschaft Vorwürfe über Stärke und Diskonktion der in der Gegend von Ghrzarow sich findenden österreichischen Truppen gefunden und ihn deshalb für einen preussischen Spion gehalten hatte. Der Krakauer Judenrath wollte den Unglücklichen, der schonhaft seine Unschuld behauptete, vom schmachvollen Henkerode retten und erbot sich beim Kommandanten, für seine Begnadigung 20,000 Fl. zu Staatszwecken zu zahlen. Dies Anerbieten wurde jedoch nicht angenommen, dagegen wurde dem Juden auf ihr Ersuchen gestattet, die Leiche der Gehängten vom Galgen zu nehmen und auf ihrem Kirchhofe zu begraben. Als der Leichenzug, dem sich zahlreiche Juden angeschlossen hatten, durch die Straßen ging, wurden aus dem ihn unter Schreien und Toben begleitenden Volkshaufen Massen von Steinen auf ihn geworfen, ohne daß die Polizei dem Unfug zu wehren suchte. Die Juden deren Zahl durch Zulauf von allen Seiten sich schnell vermehrte, vertheidigten sich selbst gegen ihre Angreifer und schlugen sie nach längerem Kampfe siegreich zurück. — In Lemberg hat ein Bögling der polytechnischen Schule, Wojcikiewicz, ein neues Hinterladungsgewehr erfunden, aus dem nach seiner Behauptung, in der Minute bequem 6 Schüsse abgegeben werden können. Dem „Glas“ zufolge hat der Statthalter von Galizien ein ihm überreichtes Gewehr der neuen Construction sehr freundlich angenommen und es an eine Militär-Kommission in Pesth zur Anstellung von Schießversuchen überliefert.

Italien.

Endlich ist General Lamarmora dem allgemeinen Unwillen gethan und hat sein Amt als Chef des Generalstabes aufgegeben; auch Minister ohne Portefeuille will er nicht bleiben. Italien wird sich damit nicht hängen. Wenn je ein Staatsmann und General, der sich bleibende Verdienste um sein Vaterland erworben, in wenig Wochen seinen ganzen Ruf als fähiger, gewissenhafter und einsichtiger Mann verlohren hat, so ist es Lamarmora. Einen unglücklichen Feldzugsplan fahrlässig auszuführen, vor Neid gegen überlegene Capacitäten nicht zur Besinnung kommen, eigenständig bei allgemein anerkanntem Fehler beharren, das war sein Verfahren seit dem 24. Juni. An Lamarmora's Stelle tritt Ciabini, der hoffentlich durchgreifen wird, denn es ist Vieles faul in der Organisation und Verwaltung der italienischen Armee. Auch der unsfähige Kriegsminister Pettinengo hat seine Entlassung angenommen und soll durch Cugia ersetzt werden.

Großbritannien und Irland.

London, d. 18. August. Der „Globe“ ist auf die Nachricht von der Verlegung der preussischen Annecturionsbilu voll Begeisterung für die Aufgabe Preußens und steht im Geiste auch schon bei deutsch-österreichischen „Herzogthümer“ dem einigen Deutschland einverleibt. Der „Economist“ sieht von der durch Bismarck hervorgerufenen Umwälzung nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa die Menschheit außerordentliche Vortheile hervor gehen. — In Chesel ist ein Individuum festgenommen und nach Dublin gebracht worden, welchem im Feinverbunde die Beerdigung von Soldaten als Mitgliede obliegen haben soll; wichtige Schriftstücke wurden, wie es heißt, demselben gefunden. — Aus Dublin wird telegraphirt, daß in Kilmalock wieder ein fenisches Arsenal mit Patronen, Gesiggerät u. entdeckt worden ist.

Türkei.

Die Insurrection auf Candia scheint einen sehr ersten Charakter zu haben, und die Aufregung beschränkt sich nicht mehr auf die Insel selbst, sondern theilt sich den übrigen Punkten Griechenlands mit. Die griechischen Journale erklären, daß die Nation im Jahre 1821 nur die Waffen gegriffen habe, um die Völkereiung aller christlichen Provinzen von der Türkei zu bewirken. Die Emancipation Griechenlands ist nur die erste Etappe auf dem Wege zur Befreiung aller griechisch-slavischen Stämme von der türkischen Herrschaft und zu einer Union aller christlichen Völker des Orients gewesen. — Sollte nun die griechische Nation an die Erfüllung dieses Programms mit den Waffen in der Hand gehen, so ist es unmöglich, anzunehmen, daß die Schutzmächte

dem Unternehmen unthätig zuschauen würden. Jedoch nicht allein auf politischem, sondern auch auf kirchlichem Gebiete treten jene griechisch-slavischen Aspirationen hervor; denn es wird berichtet, daß der Patriarch von Konstantinopel seine Zustimmung zu der Vereinigung der östlichen Kirche mit der Griechisch-Orthodoxen gegeben hat. Da nun aber die hellenische Kirche ganz unabhängig von dem Patriarchat war, zu dem die Inseln gehörten, so ergiebt sich auch aus diesem Ereigniß das Streben der griechisch-slavischen Bevölkerung nach einer religiösen Emanzipation. Uebrigens wird aus Athen mitgetheilt, daß die hellenische Regierung eine Denkschrift über den Stand der Dinge im Orient für die Schatzkammer vorbereitet. Was das Thatsächliche des Aufstandes auf Candia anbelangt, so erfährt man noch, daß, nachdem die türkische Regierung die Forderungen der Bevölkerung abgelehnt, und auch die Vermittlung der fremden Konsuln zurückgewiesen, die Repräsentanten der christlichen Bevölkerung sich zu einer nationalen Versammlung konstituirten und zu den Waffen riefen. Ein Zwischenfall auf der Insel Cypern, der eine Kollision des nordamerikanischen Konsulats mit den türkischen Behörden herbeigeführt, dürfte leicht die Verwickelung der Angelegenheiten im Orient noch vermehren.

Vermischtes.

Die „N. Co. Kirchenztg.“ bringt die Nachricht von dem Tode des Don Manuel Maratamoros und fügt hinzu: Sein Name ist mit allen den Ereignissen, die sich an ihn knüpfen, den Lesern dieser Blätter in noch zu früher Erinnerung, als daß wir sie von Neuem auf die Lippen hinzuweisen brauchen, die der Heimgegangene in noch jugendlichem Alter wegen seines sanftmüthigen Bekenntnisses des Coangeliums in Spanien erduldet hat.

Verschiedene Zeitungen enthalten folgende Mittheilung: Professor Horn in München machte folgendes Experiment: Er legte aus den Conductoren einer in rasche Bewegung versetzten Elektrisirungsmaschine mit einer Glascheibe von wenigstens 3 Fuß Durchmesser das eine Ende eines Kupferdrahtes und das andere Ende in ein Glas Wasser, dieses Wasser wurde mit Dyon geschwängert. Befestigt man aber einen Kupferdraht mit einem Ende am Reibzeuge einer Elektrisirungsmaschine und legt sein anderes Ende gleichfalls in ein Glas Wasser, so wird es mit einer Cyanverbindung geschwängert. Nicht man öfters an diesem Wasser, oder trinkt davon eine kleine Quantität, so empfindet man an sich alle Erscheinungen, welche der Cholera vorausgehen mit darauf folgender heftiger Cholerae. Das sicherste Heilmittel, welches diese künstlich erzeugte Krankheit fast augenblicklich hebt, ist das mit Dyon geschwängerte Wasser. Untersuchungen des Trinkwassers auf Cyanverbindungen sind notwendig, so wie Erforschung der Mittel, diese Cyanverbindung zu zerstören. Nach heftigen Gewittern, wo die Luft stark ozonirt wird, findet ein Nachschlag der Cholera statt.

Der geheime Gang, welcher (dem „Publ.“ zufolge) kürzlich in Frankfurt a. M. zwischen dem Bundespalast und dem Postgebäude entdeckt ward, wurde (wie j. h. d. „Augsb. Allg. Z.“ geschrieben wird) ganz ohne Geheimnisthüre im Jahre 1848 hergerichtet, um den Bewohnern des Bundespalastes im Fall eines Sturms auf dieses damals sehr exponirte Gebäude einen Fluchtweg nach der Zell hin zu verschaffen. Es war also eine rein militärische Vorrichtung, von welcher vielleicht auch der damalige preussische Bundestagsdeputirte Kenntniß genommen hatte. Uebrigens soll die bewusste Thüre beim Eintritt ruhiger Zeiten wieder unbrauchbar gemacht worden sein.

Telegraphischer Vörsenbericht von Herrn Robert Leopold.

Berlin, den 21. August 1866.
 Spiritus. Tendenz: flau. loco 14 $\frac{1}{2}$ %, 14 $\frac{1}{2}$ %, August/September 14 $\frac{1}{2}$ %. September/October 14 $\frac{1}{2}$ %. November/December 14 $\frac{1}{2}$ %. Frühjahr 14 $\frac{1}{2}$ %. Oct. 20,000 Quart.
 Roggen. Tendenz: schwach. loco 47, 48 $\frac{1}{2}$ %. September/October 45 $\frac{1}{2}$ %. Weizen. Tendenz: fest. loco 12 $\frac{1}{2}$ %. September/October 12 $\frac{1}{2}$ %. November/December 12 $\frac{1}{2}$ %.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Bei den Lokalaufnahmen zur Herstellung einer geologischen Karte der Provinz Sachsen werden von jetzt an bis gegen Ende October d. J. die Herren Dr. Laspeyres, Prof. Dr. Beyrich, Dr. H. C. und Bergreferendar Siebelhausen thätig sein.

In der Ueberzeugung, daß dieses gemeinnützige Unternehmen überall die verbiente Unterstützung finden werde, fordern wir die Eingekessenen des Regierungs-Bezirks insbesondere auf, den genannten Herren zur Erreichung ihres Zweckes das Betreten der Felder, insoweit davon ein Schaden für die Feldfrüchte nicht zu befürchten steht, sowie das Begehen der Privatwege und Hofräume zu gestatten, überhaupt aber das Unternehmen nach Möglichkeit zu fördern.

Merseburg, den 10. August 1866.
 Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur Kenntniß der Kreis-Eingekessenen gebracht.
 Halle, den 14. August 1866.
 Der Königliche Landrath des Saal-Kreises.
 C. v. Krosigk.

In dem Konkurse über das Vermögen des Bahnhof-Inspektion-Assistenten **Johann Wilhelm Kienast** hieselbst sollen folgende zur Konkursmasse gehörige unfigurliche Forderungen von:

- a) 41 \mathcal{R} . 28 $\frac{1}{2}$ \mathcal{G} . an den Kommissionsair **C. Dietrich** hier,
- b) 162 \mathcal{R} . an die Fleischermeister **Eppner**-schen Eheleute hier,
- c) 23 \mathcal{R} . 21 \mathcal{G} . an den Privatsecretair **Gempel** von hier,
- d) 691 \mathcal{R} . 13 $\frac{1}{2}$ \mathcal{G} . an die Glasmeister **Kraus**-schen Eheleute von hier, jetzt in Gotha, und
- e) 50 \mathcal{R} . an den Bahnhofinspector **von Korf** zu Göthen

am 3. September d. J. Vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr an hiesiger Gerichtsstelle, 1 Treppe hoch, Zimmer Nr. 10, meistbietend versteigert werden. Die Beschreibung dieser Forderungen kann in unserm Konkurs-Bureau, Zimmer Nr. 25, die Einsicht der darüber sprechenden Beweiskunden bei dem Konkursverwalter Herrn Kaufmann **Deichmann** eingesehen werden.

Halle a/S., am 30. Juli 1866.
 Königl. Kreisgericht,
 Der Kommissar des Konkurses.
 J. B. Woffe.

Nachrichten aus Halle.

Am gestrigen Tage, den 20. d. Mis., wurden als gestorben an der Cholera angemeldet: 41 Personen.

Fremdenliste.

Angelommene Fremde vom 20. bis 21. August.
Kronprinz. Hr. Rittergutsbes. Baron Schimmelpenner v. d. Dye a. Queblinburg. Hr. Geh. Rath Becker a. Stettin. Hr. Ingen. Braun a. Lich. Die Herrn. Kaufm. Hartmann a. Greifeld, Sachs a. Erfurt, Wertheimer a. Fürth.
Stadt Zürich. Die Herrn. Kaufm. Kühne a. Glaucau, Schönles a. Berlin, Woff a. Lüdensfeld, Wahnshaffe a. Braunschweig, Wildfang a. Bremen. Hr. Geometer Landmann a. Braunschweig. Hr. Adv. Anwalt Hohenburg a. Meran.
Goldner Ring. Die Herrn. Kaufm. Jacob a. Berlin, Gubbers a. Greifeld, Hoff a. Döbeln. Hr. Berth. Jasp. Mehnhardt a. Berlin. Hr. Kunstgärtner Götze a. Hamburg. Hr. Ingenieur Volgi a. Magdeburg. Hr. Dr. phil. Petel a. Stettin.
Goldner Löwe. Die Herrn. Kaufm. Graves a. Berlin, Pasternak a. Greifen, Krenin a. Magdeburg, Schneider a. Leipzig. Die Herrn. Beamten Schulmeier, Stahl u. Schulte a. Hannover.
Stadt Hamburg. Hr. Dtm. Gölzer a. Gröbzig. Hr. Parfir. Horn a. Annaburg. Hr. Fabrik. Kiedde a. Meissen. Hr. Wüstenh. Trautmann a. Wolschitz. Die Herrn. Kaufm. Rünnebach a. Nordhausen, Serfeld a. Hamburg, Scheyer a. Nürnberg, Siemon a. Aachen.
Meute's Hotel. Die Herrn. Kaufm. Brumm a. Stettin, Horn a. Berlin, Degenhalm a. Leipzig, Guth a. Dessau, Bernis a. Schleusig, Wachtel a. Dresden. Hr. Colon. Anstedt a. Sachsenburg.

Meteorologische Beobachtungen.

20. August.	Vorgens 6 Uhr.	Nachmitt. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Rufdruck . . .	333,01 Par. L.	332,70 Par. L.	332,37 Par. L.	332,69 Par. L.
Luftdruck . . .	4,38 Par. L.	5,51 Par. L.	5,44 Par. L.	5,10 Par. L.
Rel. Feuchtigk. . .	86 pCt.	86 pCt.	96 pCt.	89 pCt.
Luftwärme . . .	10,8 \mathcal{G} . Rm.	13,7 \mathcal{G} . Rm.	12,2 \mathcal{G} . Rm.	12,2 \mathcal{G} . Rm.

Hallischer Tages-Kalender.

Mittwoch den 22. August:

- Kirchliche Anzeigen.**
 Zu Neumarkt: Am. 10 allgem. Besuche u. Communion Pastor Goffmann. Ab. 6 Bibelstunde derselbe.
Königl. Darlehnskasse: Geschäftslokal im Königl. Landgebäude. Der Vorstand ist in den Wochentagen von 9—10 Uhr Vormittags, Sonnabends hingegen nur von 8—9 Uhr Vormittags anwesend, und können nur in diesen Stunden Darlehens-Anträge angebracht werden.
Vörsenversammlung: Am. 8 im Stadtschreibstube.
Städtisches Leihhaus: Expeditionsstunden Am. 8—12, Am. 2—4.
Städtische Sparkasse: Kassenstunden Am. 8—1, Am. 3—4.
Sparkasse f. d. Saalkreis: Kassenstunden Am. 8—11 Kleinschmidten 9.
Spar- und Vorschußverein: Kassenstunden Am. 11 u. 5 Wäckerstr. 13.
Poltechnischer Verein: Ab. 6—9 Biblioth. u. Lesezimmer in der „Zulpe“.
Handwerkerbildungsverein: Ab. 7 $\frac{1}{2}$ —10 H. Sandberg 15.
Männerchor: Ab. 8 Uebungsstunde in „Koch's Restauration“.
Liederfranz: Ab. 8 bis 10 Uebungsstunde in „Schlüters Restauration“.
Concerte.
 Stadtmusikchor (Jahn): Am. 4 in Bad Mittelnd.
Babel's Bade-Anstalt im Fürkenthal. Jerschländische Bäder: für Damen früh 6, Mittags 2 Uhr, für Herren Vorm. 9, Nachm. 5 Uhr. Alle Arten Bannenbäder zu jeder Zeit des Tages.
Eisenbahnfahrten. (C = Courierzug, S = Schnellzug, P = Personenzug, G = gemischter Zug.) Abgang in der Richtung nach:
 Berlin 3 U. 55 M. Am. (C), 7 U. 45 M. Am. (P), 1 U. 15 M. Am. (P), 6 U. Am. (S).
 Leipzig 6 U. 15 M. Am. (G), 7 U. 36 M. Am. (P), 10 U. 35 M. Am. (G), 1 U. 20 M. Am. (P), 7 U. 15 M. Am. (P), 8 U. 45 M. Am. (S).
 Magdeburg 7 U. 45 M. Am. (S), 9 U. Am. (G), 1 U. 10 M. Am. (P), 6 U. 50 M. Am. (P), 8 U. Am. (G), 11 U. 5 M. Am. (S).
 Nordhausen 5 U. 10 M. Am. (P), 8 U. 30 M. Am. (G), 11 U. 20 M. Am. (S).
 Thüringen 5 U. 10 M. Am. (P), 7 U. 20 M. Am. (P — bis Gotha), 11 U. 21 M. Am. (S).
Personenposten. Abgang von Halle nach: Göttern 9 U. Am. — Kößlin 4 U. Am. — Kösteben 3 U. Am. — Salzünde 9 U. Am. — Wettin 4 U. Am.

In dem über das Vermögen des Kurz- und Bekleidungswarenhändlers **Rudolph Franz Mehle** in Zeitz eröffneten kaufmännischen Konkurs ist der Kaufmann **Adelbert Nothe** hieselbst zum definitiven Verwalter der Masse ernannt worden.

Zeitz, den 3. August 1866.
 Königl. Kreisgericht, 1. Abtheilung.

Pferde-Auction.

Die vom diesseitigen Kreise der Landwehr-Befehls-Escadron Raumburg gestellten Pferde — circa 13 Stück — sollen nach Auflösung dieser Escadron

Sonnabend den 25. d. M.
 von **Vormittags 10 Uhr ab** im Hofe des **Gasthauses „zum Kronprinzen“** hier, unter den schon vorher in meinem Bureau einzusehenden und im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen, öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die Pferde können Freitag den 24. d. Mis. nach vorheriger Meldung bei dem Wachtbenden durch Kaufschreiber besichtigt werden.
 Zeitz, den 20. August 1866.

Der Königliche Landrath
 v. Helledorff.

Bekanntmachung.

Die vom Kreise für die Landwehr Besatzungs- Escadren Merseburg gestellten 20 Stück Pferde sollen

Sonnabend den 25. d. Mts. von Morgens 9 Uhr ab auf hiesigem Schützenplatze öffentlich meistbietend verkauft werden.

Delitzsch, den 21. August 1866.
Der Königliche Landrath.
F. V.
d. r. Kreis-Deputirte
von **Nauchhaupt.**

Ich bin bis zum 16. September verreist.
Professor **Olshausen.**

Veßalozii-Zweigeverein für Domnig und Umgegend.

Zu der Sonnabend den 25. August Nachmittags 2 1/2 Uhr im Sanderschen Gasthose zu Rothenburg stattfindenden Generalversammlung unseres Zweigevereins werden alle geehrten Freunde und Mitglieder desselben hiez durch eingeladen.

Bericht über den Stand der Kasse. Vorschläge und Abstimmung über die zu gewählenden Unterstützungen. Vorstandswahl.
Der Vorstand.

Aufforderung!

Den Müller, spätem Gastwirth und zuletzt bekannt als Mehlmüller, Herrn **Louis Hohmer** aus Raumburg a/S., welcher sich am 23. Juni d. J. von hier inschtatig gemacht hat, verfolge ich wegen meiner rechtkräftigen Wechsel-Forderung.

Da derselbe sein jetziges Verhältniß, als: Haus und Mobiliar unter eigenthümlichen Bedingungen dem Kaufmann Herrn **Otto Cläfer** in Saubach gerichtlich vermach hat und ich mich an nichts mehr halten kann, so sichere einem J. den, der mir über den Aufenthalt des quest. Hohmer solche Auskunft giebt, daß ich ihn gerichtlich belangen, resp. in Schuldarrest bringen kann, eine Belohnung von 5 Th. zu. Raumburg a/S., den 20. August 1866.

Fr. Sugo,
Gastwirth „Zum blauen Etern.“

Mehrere Priv.- und Geschäfts-Grundstücke, Güter, auch Mühlen mit Ader, hier und ausw. belegen, unter vortheilhaft Beding. zu verkaufen durch **F. A. Markert,** Leipzigerstr. 37.
600. 1000. 1500 Th auf gute Hypothek auszuliehen durch **F. A. Markert,** Leipzigerstr. 37.

Zur gefälligen Beachtung.

Ein **Nittergut** in einer fruchtbaren Gegend, im Weimarischen, mit schönen tragbaren **Grundstücken, Gärten und Wiesen,** guten im baulichen Zustande erhaltenen **Wirthschafts- und Wohngebäuden (Schloß),** umgeben von **Parfanlagen,** mit allem Inventarium an Vieh, Schif und Geskirt, mit Einschluß der Einthe, soll weg n zu wünschender Veränderung des Besitzers sofort verkauft werden. Hierauf r. faktirende Käufer wollen sich an das zum Vertragsabschlusse beauftragte Credit- und Commissionsgeschäft von **H. Förster** in Buttstädt wenden und sich jeder unentgeltlichen Auskunftsertheilung daseibst verpflichtet halten. Buttstädt, am 18. August 1866.

H. Förster.

Ein couragierter Reiter kann eine 4 1/2 jähr. br. Stute, schon etwas geritten, billig kaufen gr. Steinstr. 13.

Sonnabend den 25. August Nachmittags 4 Uhr soll die der Zuckerfabrik Leutzschenthal gehörige Grummeterde, ca. 3 Morgen, öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Reinwollene, gut und praktisch gearbeitete **Unterleibsbinden** von Herrn Professor **Weber** als sicheres Schutzmittel aufs Wärmste empfohlen, offerirt in größter Auswahl und billigsten Preisen
P. Bergfeld, gepr. Bandagist, gr. Ulrichstr. 47.

Maschinen-Treibriemen

aus **Gummi, Gutta-Percha** und bestem **Kern-Wildleder** halten in allen Dimensionen bestens empfohlen **Theodor Bindel & Wiegner,** Alter Markt 3.

Berliner Sästen und Butterkranz täglich frisch.
Englische Pfeffermünzpastillen, bei jeglicher Zeit sehr empfehlenswerth,
bei **D. Lehmann,** Leipzigerstraße 105.

Eine Factorstelle durch einen Kaufmann von 25 bis 30 Jahren ist sofort zu besetzen, wobei nur persönliche Vorstellung berücksichtigt wird.
F. A. Kircher in Siebichenstein.

Eine geübte Fuhrmagerin wird unter annahmbaren Bedingungen nach außerhalb gesucht. Das Nähere bei **L. Cers,** Blücherstraße Nr. 4.

Tüchtige Kesselschmiede oder sonst in dieser Branche fähige und zuverlässige Arbeiter finden dauernde Beschäftigung in der **Dampfkesselfabrik von F. Schmidt.**

Auszuleihen sind auf Ländereien und erste Hypothek 25,000 Th. durch den Agent **J. Löwenthal** in Erfurt.

Gesucht werden zur ersten Hypo het 3000 Th., 5000 Th., 8000 Th. und 10,000 Th.
J. Löwenthal in Erfurt.

Einige **Wirthschaften** oder **Restaurationen** werden zu pachten gesucht durch den Agent **J. Löwenthal** in Erfurt.

Ein zuverl. Kutcher, militärfrei, mit langj. Attest, f. gut empfohlen, sucht sofort Stelle d. **Fr. Winneweiß,** Barfüßerstr. 16.

Einem mit guten Zeugnissen versehenen Oberverwalter such bei hohem Gehalt zum sofortigen Antritt das Klostergut **Roßleben.** Persönliche Vorstellung wird gewünscht.
C. Koch.

Betten werden gut gereinigt; zu erfragen **Steinweg Nr. 9** und **Grasweg Nr. 21 parterre.**

Setzers- und Sodawasser von **Dr. Etude** in Dresden empfiehlt
Otto Thieme.

Bad Wittekind.

heute Mittwoch den 22. August

Concert.

Anfang 4 Uhr. **C. John.**

Zwischen **Beidersee** und **Sylbig** ein großes leeres **Erstgäß** gefunden. Abgehoben beim **Schulzen Meupner** in Sylbig a. V.

Das deutsche Lied.

Uns tönt ein Lied, ein deutsches Lied,
Aus dem ein lichter Funke sprüht,
Ein unschätzbares, großes Gut
Entfallt seiner Worte Gluth.

Es braust daher, wie Meeresswell',
Glänzt, wie ein Diamant so hell,
Ein Lied, das über Meer und Land,
In Nah' und Fern' schon lang' bekannt.

Dies ächte Patriotenlied,
Wovon jed' braves Herz erglüh't
Von gutem allererstem Klang
Ist längst der Deutschen Ehrensang.

Wer kennt ihn nicht, den braven Mann,
Der uns dies deutsche Lied erkant?
Sein Feuergeist hat uns befelet,
Einnüthig sich mit uns vernählet.

Für Deutschlands Ehr' war all' sein Mühen,
Sein Streben hoch, begeistert sühen,
Es schreide weder Fluch, noch Bann,
Den ächten, braven, deutschen Mann.

Verkört ist schon sein Angesicht,
Glänzt nun in einem höh'ren Licht,
Das Vaterland vergißt sein Nie,
Dem er dies deutsche Lied verlieh!

Sein Wort ist auch kein nicht'ger Traum,
Es giebt der künftigen Hoffnung Raum,
Zeigt uns gleich einem lichten Stern,
Dah' Deutschlands Einigkeit nicht fern.

Wach! frisch empor, du edle Saat,
Ergeu' auch fern'r wa'dre That,
Ist' deutsches Lied, ton' immer fort,
Wo sich nur zeigt ein deutscher Ort.

In Deutschlands Gauen überall
Erhalte laut mit Schwall,
Bewahr' das deutsche Vaterland
Vor jeder Schmach und jeder Schand'.

In Ehren bleibe uns sein Pund,
Was ist des Deutschen Vaterland,
Ein ein'ges Deutschland soll es sein,
Süß Stimmel, laß' es all'o sein.

Retohir.

Gebauer-Schwetfche Buchdruckerei in Halle.

70 & Wau, neue Waare, ist zu verkaufen in Panitzsch Nr. 73 bei Borsdorf und bei Leipzig.

Da ich durch mehrere Jahre an einem bedeutenden Mundübel litt, und alle Versuche erfolglos blieben, indem ich immer mehr meine ganz gesunden Zähne verlor und die noch im Munde befindlichen mit der Zunge zu bewegen waren, das Zahnfleisch sich immer mehr senkte und bei der Berührung mit der Zunge blutete, und dabei einen höchst lästigen üblen Geruch im Munde verbreitete, welches letztere mich zu dem Versuche brachte, das allseitig beliebte **Anatherin-Mundwasser des Dr. Popp** zu gebrauchen; ich fand nach dessen erstem Gebrauch nicht nur allein den üblen Geruch schwinden, sondern auch mein Zahnfleisch gestärkt, und die Zähne wurden allmählig fester, so daß ich binnen kurzer Zeit meinen Mund wieder hergestellt fühlte, wofür ich aus innigster Dankbarkeit und Mitgefühl für Andere es öffentlich bezeuge, und diesem rühmlichen Mundwasser das gebührende Lob ertheile.
Wien. **Josef Stenzl,** m/p.

*) Zu haben in Halle bei **A. Böhme,** Leipzigerstraße Nr. 5.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Fern von dem Vaterhaufe erlag am 10. d. M. zu Sobotowiz auf dem Wege nach der Heimath unser theurer, unversehlicher Sohn **Friedrich Wilhelm Engel,** Unteroffizier im Magdeburger Kürassier-Reg. Nr. 7, nachdem die Gefahren des Krieges an ihm glücklich vorübergegangen waren, der Cholera. Unser Schmerz über seinen Tod ist groß! Wir hoffen mit ihm zu Gott auf ein frohes Wiedersehen, als er sich unsern Umarmungen entwand, um den Fahnen seines Königs zu folgen. Gott aber hat es anders gewollt! Unsere Ergebung in seinen unerforschlichen Willen sei der Dank für die vielen Freuden, die Er uns, den gebeugten Eltern, in dem Entschlafenen geschenkt hat.

Geliebt von uns und seinen Geschwistern, geehrt von seinen Vorgesetzten, geliebt von seinen Freunden, fließen ihm unsere Thränen. Verwandten und Freunden: ein widmen diese Trauerkunde die tiefbetrüben Eltern
der Gutsbesitzer **Gottfried Engel** und Frau.

Burg Liebenau, d. 21. August 1866.
Wir haben dich ziehen lassen mit Trauern
Weinen; Gott aber wird dich uns wiedergeben mit Wonne und Freude ewiglich.
Bar. 4, 23.

Solchen Trost uns, Herr, bewahre
Daß er uns im Schmerze lab',
Daß uns werd' zum Dankaltare
Unses Sohnes fernes Grab!

Todes-Anzeige.

Heute erhielten wir aus Prag die traurige Nachricht von dem Tode unseres guten Sohnes und Bruders **Carl Bungenstab,** Unteroffizier im Königl. Preussischen Garde-Füsilier-Regiment. Nachdem er als Mitkämpfer in mehreren Schlachten von den feindlichen Geschossen verschont geblieben, wurde er noch ein Opfer der Cholera.

Mit der Bitte um stilles Beileid theilen wir dieses theilnehmenden Verwandten und Freunden hierdurch mit.

Löbnitz a. d. Elbe, den 20. August 1866.
Familie **Bungenstab.**

Hallische Zeitung

im G. Schwetschke'schen Verlage.
(Hallischer Courier.)

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung: G. Schwetschke'scher Verlag. — Redacteur Dr. Schadeberg.
Vierteljährlicher Abonnementspreis bei unmittelbarer Abnahme 1 Ebr. 6 Sgr., bei Bezug durch die Post 1 Ebr. 12 1/2 Sgr.
Insertionsgebühren 1 Sgr. 6 Pf. für die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Zeitungsschrift oder deren Raum.

N 194.

Halle, Mittwoch den 22. August
Hierzu zwei Beilagen.

1866.

Deutschland.

Berlin, d. 20. August. Se. Majestät der König haben geruht: Dem Premier-Lieutenant v. Unruh l. vom 3. Garde-Regiment z. F., dem Jäger Hugo Eichler vom Preussischen Jäger-Bataillon Nr. 1, und dem Schornsteinfegermeister Krauthammer zu Loig im Kreise Grimmen die Rettungs-Medaille am Bande, sowie dem zeitigen Vorstand der Feldpolizei, Polizei-Director z. D. Dr. jur. Stieber den Charakter als Geheimer Regierungsrath zu verleihen, und den Maistrats-Affessor und seitherigen unbesoldeten Beigeordneten Jost zu Weisenfels, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, als unbesoldeten Beigeordneten der genannten Stadt auf eine fernere sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Se. Maj. der König empfing gestern Mittag 1/2 Uhr den Vorstand und die Mitglieder der Deputation des Herrenhauses und nahm aus den Händen des Präsidenten Grafen Eberhard zu Stolberg-Berniaerde die von dem Herrenhause berathene Adresse entgegen. Se. Majestät äußerte sich sehr gnädig über die überreichte Adresse und sprach der Deputation seinen Dank für die Gesinnungen des Herrenhauses aus. Nachdem die Mitglieder der Deputation durch den Präsidenten voraufgestellt worden, entließ Se. Maj. sie um 1 Uhr in der huldvollsten Weise.

Die Adress-Commission des Abgeordnetenhauses nahm am Sonnabend um 7 Uhr Abends ihre Beratungen über diejenigen Abschnitte der verschiedenen Entwürfe, welche die Budgetfrage behandeln, wieder auf. Nach zweifündiger Diskussion, an welcher sich der Regierungskommissar Wolny, die Abgeordneten Walbeck, Bender, v. Blanckenburg, v. Bodelschwingh, sowie der Referent Abg. Birchow und der Correferent Graf Bethusy-Huc theilnahmen, wurden alle anderen Vorschläge abgelehnt, der Passus nach der vom Abg. Walbeck vorgeschlagenen Fassung mit 14 Stimmen angenommen, jedoch mit der Modification, daß die letzten Worte in dem Entwurfe der katholischen Fraction hinzugefügt wurden. Dieser Zusatz spricht in einer milderen Form, als es der Abg. Walbeck gethan, das Vertrauen aus, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres der so lange bestandene Konflikt mit allen seinen beklagenswerthen Folgen verhütet werden möge. — Ueber den Schlußsatz der eingebrachten Entwürfe entspann sich nun eine kurze Debatte, welche mit der Annahme der von dem Referenten Dr. Birchow vorgeschlagenen Fassung, unter Ablehnung aller anderen Anträge, endete. Schließlich wurde auch über den ganzen, aus den Beratungen der Commission hervorgegangenen Adressentwurf abgestimmt, derselbe mit 15 Stimmen angenommen, und dann die Sitzung um 9 1/2 Uhr geschlossen.

Der von der Adress-Commission des Abgeordnetenhauses in ihrer Sitzung vom 18. d. M. angenommene Adress-Entwurf, wie er dem Hause zur Annahme empfohlen werden soll, lautet:

Alldurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Übermächtigster König und Herr!

I. Die großen Thaten, welche unser tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Main, hier an die Thore der Hauptstadt Deserreichs führten, haben unser Herz mit freudigem Selbstgefühl und mit lebhaftem Dank erfüllt. Wir sprechen den Dank des Volkes aus an die Tausende, welche das Grab bedeckten, an die sammtlichen überlebenden Streiter des stehenden Heeres und der nun bewährten, in großer Zeit geschaffenen Landwehr, an die einsichtigen Führer, vor Allen an Eure Majestät selbst, die Sie in der entscheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Muth und Fesbarr mit den Kämpfern theilte und dem unsäglichen Glücke dieses Krieges durch rasche Führung und Beendigung ein Ziel gesetzt haben.

II. Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge: die Auflösung der Bundesverfassung, dieses nur scheinbaren Bundes, welches nach Außen und Innen sich seit fünfzig Jahren zugleich hemmend und kraftlos bewiesen hatte, die Auseinandersetzung mit Deserreich, die Beschränkung der Kleinstaaterei, die Erweiterung der Grenzen und des Machtgebietes unseres Staates, und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht ferner Zeit ein politisch geeintes Deutschland unter Führung des größten deutschen Staates sich entwickeln könne.

III. Diese Früchte, davon sind wir mit Euer Majestät überzeugt, werden nur in einträchtigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung zur Reife gelangen.

Das Blut der todesmüthigen Streiter hat zum zweiten Male das edelste Gut des Volkes, dessen politische Freiheit und Theilnahme an dem Staatsleben, bezeugt. Ohne die Sicherung und Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Subdignation der Geister und Herzen in Deutschland, welche allein der Macht Haltbarkeit und Dauer verleiht.

IV. Gegenüber der Thatsache, daß seit einer Reihe von Jahren die Staatsausgaben ohne einen zur gefestigten Feststellung gelangten Staatshaushaltsetat und theilweise im Widerspruch mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses geleistet worden sind, gerichtet es dem Letzteren zur großen Genugthuung, daß Eure Majestät feierlich auszusprechen geruht haben, daß die in jener Zeit geleisteten Geldausgaben der gesetzlichen Grundlagel entbehren, weil dieselbe nur durch das nach Artikel 99 der Verfassungsurkunde alljährlich zu Stande zu bringende Staatsgesetz erlangt werden kann. Im Hinblick auf dies königliche Wort, welches die Nothwendigkeit eines nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses in's Leben tretenden jährlichen Staatshaushalts-Gesetzes, sowie demgemäß die Nothwendigkeit einer für die Vergangenheit zu erwirkenden Inkenntnisserklärung der beiden Häuser des Landtages anerkennt, ist das Vertrauen der Landesvertretung gerechtfertigt, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes vor Beginn des Etatsjahres jeder Conflict verhütet werde. Dann werden Ausgaben, welche das Abgeordnetenhaus im Staatshaushalts-Etat abgelehnt hat, nicht dennoch aus Rücksichten auf das Staatswohl eintreten können.

V. Die den Beratungen des Landtages unterbreiteten Vorlagen über die Inkenntnisserklärung und die Finanzen werden wir mit pflichtmäßiger Sorgfalt in Erwägung nehmen.

VI. Mit derselben Sorgfalt werden wir die Vorlage über die Einberufung einer Volksvertretung der norddeutschen Bundesstaaten prüfen. Wir erwarten jedoch, daß, wenn Rechte des preussischen Volkes und Landtages zu Gunsten eines künftigen Bundes auch die volle Ausübung dieser

x-rite colorchecker CLASSIC



staatlichen Einigung Deutschlands zu erreichen, wenn die schwierige Arbeit, die im Jahre 1849 begonnen und diese der neuen

als starke Schirmmacht die deutsche Nation zu dem oben erwähnten Zweck zu dem oben erwähnten Zweck

tion (Reichensperger) glaubt die Thatsache für den Walbeck-Birchow zu haben. Doch sollen sich auch jetzt noch mehr dem Die Beratungen im Ple-

e unterliegt keinem Zweifel. In dem Hause ein Amendement beabsichtigte Einverleibung auf vorbehaltlich der Regelung der letzten Ländern. Doch wurde die Einverleibung der Angelegenheit

hauses hat heute Vormittag die Einverleibung Hannover's und Frankfurts dahin Beschluß

Frankfurts dahin Beschluß die Annahme des Gesetzes

Entwurfs zu empfehlen.

Die freie volkswirtschaftliche Commission des Abgeordnetenhauses hat sich unter dem Vorsitze des Abg. Dr. Lette wiederum konstituiert. Mitglieder derselben sind die Abg. Michaelis, Rödel, Krieger (Berlin), Dr. Hammacher, Effe, Bassenge, Hoffmann (Dhlan), Laub, Wolff, Doerweg, Graf Dohna, Kaunigk, Dr. Lette, Reichenheim, Kautenrauch, Lent und Paetzer. Außerdem nehmen an den Beratungen Theil die früheren Abg. Prince Smith und Dr. Fauder.

Der Ausfall der Fach-Commissions-Wahlen im Abgeordnetenhause hat die conservativen Mitglieder desselben nicht befriedigt. Sie meinen,